

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich ein mal am Sonnabend.
Abonnementspreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Frägerlöse. In den Abbestellungsmonaten monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnnummer 10 Pf.

Einzelpreise:
Die Doppelnummer 25 Pf., für auswärtig 30 Pf., die 24-spaltige Werbeanzeige 80 Pf., 12-spaltige 60 Pf., 6-spaltige 40 Pf., 3-spaltige 20 Pf. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 36

Danzig, Sonnabend den 8. September 1917

8. Jahrgang

Ein ehernes Gebot der Stunde

Auf der vom Präsidium des Reichstages arrangierten Gedächtnisfeier des 4. Augusts in der Wandelhalle des Reichstages erste Worte gefallen. Und es war gut, daß sie gesprochen wurden, um die ganze ungeheure Gefahr aufzudecken, in der das deutsche Volk schwebt. Auf keinem Wolfe der Erde hat jemals etwas Kehalides gelastet. Es wäre müßig, jetzt Untersuchungen darüber anzustellen, inwiefern die furchtbare Situation, in der sich Deutschland befindet, durch Fehler seiner Regierenden hervorgerufen oder verschärft wurde. In der Hauptsache trifft zu, was vom selbstverleumdenden Chef des Generalstabes ausgeführt wurde, daß die weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat, vorwiegend unseren Feinden zugute kommt, uns immer neue Gegner schafft und die Hebermacht, mit der wir zu ringen haben, immer mehr anzuwachsen läßt.

Für den aufmerksamen und denkenden Beobachter der Vorgänge auf der großen Weltbühne waren diese Darlegungen keine Entschuldigungen. Um so mehr muß erwartet werden, daß die großen Kreise, die bisher die ganze Sache noch viel zu sehr auf die leichte Schulter genommen haben, sie beherzigen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß uns noch schwere Tage bevorstehen. Wir können sie nur überwinden, wenn die Widerstandskraft der Masse des deutschen Volkes gestärkt, und den niederträchtigen Mächenschaften, die sich täglich vor unseren Augen abspielen, rücksichtslos ein Ende bereitet wird.

Bei dem Einschreiten der Behörden gegen einige der „Kaiserknechte“ Berliner Restaurants wurden zentnerweise Vorräte an Fleisch ausgehoben, die feiner Stempeltrogen und auf dem betamten Schleichwege beschafft worden waren. Längst piffen es die Späßen von den Dächern, daß dieser Schleichhandel, durch den sich die Besitzenden reichlich und überreichlich mit des Leibes Nahrung und Nidurft versorgen, ungeheuren Umfang angenommen hat. Eben geht wieder die Meldung durch die Presse, daß eine Anzahl der großen Hotels im Harz seit langer Zeit auf diesem „unterirdischen“ Wege große Massen von Fleisch bezogen haben. Wäre es möglich, an einem und demselben Tage eine große Menge in den Vorratskammern, Kühlhäusern und Verstecken nach nur in unserer ersten Restaurants und Hotels, sondern der gesamten sogenannten „vornehmen Welt“ abzuhalten, man würde staunen über die Massen der vorhandenen Fleisch- und sonstigen Nahrungsmittelvorräte. Die sieben bis acht Millionen Schweine, die nach den durchaus zutreffenden Berechnungen des Reichs- und Landtagsabgeordneten Hoff im vorigen Jahre ca. 100 „verjauwunden“ sind, haben über zum großen Teile ihren Weg in diese Vorratskammern genommen. Man gehe doch einmal in die feinen Läden der langjähigen Sammelplätze der vornehmen Welt. Den wohlgeachteten Gessalten, die dort lustwandeln, sieht man nichts von unserer Zeiten Not an; der Gegenjah zwischen ihnen und den Millionen abgezehrter, hohlwangiger Männer und Frauen, die unsere Arbeiterquartiere in den Städten und Industriezentren bevölkern, ist ein ungeheurer.

Vor einigen Tagen erst habe ich folgenden Fall erlebt: Ein Arbeiter, der mit seinem bereits steifen Körper bis vor kurzer Zeit noch seine vaterländische Pflicht erfüllte und arbeitete, mußte wegen völliger Entkräftung ausspannen. Der Arzt bescheinigte ihm neben Tuberkulose der Lunge und der einen Nierenseite, Tuberkulose des Kehlkopfes. Trotz Verabreichung dieses Mittels aus dem zuständigen Lebensmittelamt wurden dem Kranken die wöchentlich 125 Gramm Haferflocken, die er einige Zeit bewilligt bekommen hatte, und bei den Schmerzen, die ihm das Schlucken härterer Nahrungsmittel boten, auch dringend benötigt, wieder entzogen. Dabei kam man gegen die beamteten Personen, welche diese Kürzung vornahmen, nicht den Vorwurf der Härtherzigkeit erheben. Aber es ist ein Zustand, der zum Himmel schreit, daß einem todkranken Arbeiter die paar Gramm Haferflocken entzogen werden müssen, während Nichtstuer in köstlichen Speisen schwelgen.

Ob das neue Reichsernährungsamt eine Besserung der Verhältnisse zu schaffen vermag, wird sich bald zeigen. Nur wenn in großzügiger Weise vorgegangen wird, ist auf eine Besserung zu hoffen. Steinkram, mit dem sich jetzt schon viele Behörden befassen, indem sie vorschlagen, den armen Leuten in den Schrebergärten und Laubkolonien von den paar Kartoffeln, die sie nach Aufwendung vieler Arbeit und Mühen dem Boden abgerungen haben etwas abzuhöpfen, läßt man hätte. Dagegen muß eifern darauf gehalten werden, daß nicht wieder riesige Mengen Kartoffeln an das Vieh verfüttert, der menschlichen Nahrung entzogen werden. Der geradezu andäulische Vorgang, der sich im letzten Winterhalbjahr ereignete, daß von den 270 Millionen Zentner Kartoffeln, die den be-

dürftigen Verbänden und Kreisen geliefert werden sollten, tatsächlich nur 65 Millionen Zentner geliefert wurden, was die furchtbare Knappheit an diesem wichtigen Nahrungsmittel in den Städten und Industriezentren zur Folge hatte, darf sich unter keinen Umständen wiederholen.

Man täusche sich nicht über die Schäden und Verheerungen, welche die jeglichen Entbehrungen in den breiten Volksschichten anrichten. Ihre bösen Wirkungen werden sich noch auf lange Zeit hinaus zeigen. Der in diesen Leidensjahren erzeugte und geborene Nachwuchs wird sich zweifellos als ein minderwertiges Geschlecht erweisen. Deshalb muß alles getan werden was möglich ist, um diese Leiden zu mildern. Gegen die Verschlebung der Lebensmittel muß in ganz anderer Weise wie bisher eingeschritten werden. Hat doch dieses schändliche Treiben einen solchen Umfang angenommen, daß beispielsweise der Beamte der Stadt Essen wie der Landrat des Kreises öffentlich eingestehen mußten, daß sie der Gewinnsucht, der Hamsterei und des Schleichhandels nicht Herr zu werden vermöchten. Die Strafen, welche die Schieber und Wucherer erhielten, waren in vielen Fällen lächerlich und geringfügig. Richter können doch auch hart sein. Bei Berufung unseres Genossen Dr. Müller zum Unterstaatssekretär ist in der Presse auch auf seine Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung hingewiesen worden. Seine Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis erfolgte wegen Abdruckes einer völlig harmlosen Schmutzrede, die nur mit gewalttätiger Deutung auf den Kaiser bezogen werden konnte. Wenn schon eine solche Handlung, die ohne jede böse Absicht erfolgte, durch die nicht der kleinste Schaden angerichtet, niemandem das geringste Leid zugefügt wurde, nach der Meinung deutscher

Richter mit vier Jahren Gefängnis gestraft werden sollte, und an dem sich später meldenden wirklichen „Mehlkäfer“, der in Abwesenheit Müllers die Anklage in den Druck gegeben hatte, tatsächlich mit drei Jahren Gefängnis gestraft wurde. — welche Strafen müssen dann die Lebensmittelschieber und Wucherer treffen, die aus schmutziger Habgier unermesslichen Schaden anrichten?!

Es geht um die Existenz des deutschen Volkes! Wie in Flammenschrift muß das täglich, stündlich allen Gliedern unseres Volkes gegenwärtig sein. Leute, die in einer Zeit, wie sie noch nie ein Volk getragen hat, nur daran denken, ihre Keller und Vorratskammern mit guten Happen zu füllen, Schieber und Wucherer, die sich in ihren Dienst stellen, Lebensmittel der Allgemeinheit entziehen oder in sündhafter Weise veräußern, sie alleamt sind moralisch Ausläufer am Körper des deutschen Volkes, die keine Schonung verdienen. Rücksichtslos müssen diese Elemente gepackt werden: Neben strengsten Strafen Abberkennung der Ehrenrechte auf Lebenszeit, bei Arbeitsfähigkeit Verschickung unter die Arbeitsfronten an der Front, auch wenn sich zehnmal Leute mit dem Kommerzienratsstittel um, darunter befinden. Ebenso rücksichtslos muß die Verteilung der Lebensmittel an die Allgemeinheit erfolgen.

Nicht schmausen und fett leben sollen die einen, während die anderen, und gerade die nützlichsten Glieder der Nation, darben. Das ganze deutsche Volk darf nur eine Familie sein, die alle Leiden, allen Jammer dieser furchtbaren Zeit gleichmäßig trägt.

Das ist ein ehernes Gebot der Stunde!
Es geht um die Existenz des deutschen Volkes!
A. Gerisch.

Reichstagsauflösung?

Unter dieser aufsehenerregenden Uberschrift schreibt Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. David im „Vorwärts“: Seit einigen Tagen erschallt aus dem allduitsch-konservativ-großagrarischn-schwerindustriellen Blätterwald ein lautes Geschrei nach Auflösung des Reichstags. Es handelt sich dabei offensichtlich um eine gemeinsame verabredete Parole. Wer die Einflußsphäre und die Strategie der annexionsistischen Presse kennt, wird nicht glauben, daß es sich hier um ein zufälliges leeres Gerede handle.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses haben eine Hoffnung zerstört, der man sich nach dem Auseinandergehen des Reichstags am 20. Juli in gewissen Kreisen offenbar hingeggeben hatte. Man hatte geglaubt, die Mehrheitsbildung sei nur das Produkt einer durch die Kriegskreditvorlage geschaffenen parlamentarischen Zwangslage gewesen. Man erwartete den alsbaldigen Zerfall des Friedensblocks und war bestrebt, dem nachzuhelfen durch Herabwürdigung der „Unterwürfigkeitsentschließung“ im ganzen Lande. Die erste Sitzung des Hauptausschusses zeigte den klugen Herren, daß sie sich gründlich verrechnet hatten. Das Trommelfeuer der allduitschen Beschimpfungen und Giftbomben hatte die Mehrheit nicht ins Wanken gebracht. Sie stand fester und stärker auf dem Plan als zuvor und ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie entschlossen sei, kein Abweichen von der Richtschnur ihrer Friedensresolution zuzulassen.

Der Reichstag hat die verfassungsrechtlichen Nachmittel in der Hand, seinen Willen durchzusetzen. Gegen das Veto einer geschlossenen Mehrheit der Volksvertretung kann im Deutschen Reich verfassungsgemäß nicht regiert werden. Daran ist nicht zu zweifeln. Da aber selbst die stärksten Männer im allduitschen Lager zurzeit sich nicht trauen, der Reichsleitung Staatsstreich und Verfassungsbruch zu empfehlen, so bleibt ihnen nur der Weg des Appells an die Wähler, die Reichstagsauflösung.

Verhüten die annexionsistischen Treiber vorher glauben zu machen, hinter der „sogenannten Mehrheit“ des Reichstags stehe gar keine feste Mehrheit im Parlament, so rufen sie jetzt im wohlbedirgten Chor, hinter der Reichstagsmehrheit stehe gar nicht die Mehrheit des Volkes. Sie haben die Kühnheit zu behaupten, das deutsche Volk schwärme für ihre Gewaltziele nach außen und beuge sich demütig ihren reaktionären Wünschen im Innern. Wer die wirklichen Verhältnisse in den breiten Massen unseres Volkes kennt, lacht über diesen Schwindel.

Wenn wir haben ein Regierungssystem, das jeden unmittelbaren Kontakt der leitenden Männer mit den Volk-

massen vermeidet. Ohne politisches Vertrauensverhältnis zwischen Regierten und Regierenden läßt dieses System die Herren oben ohne selbsterworbene Kenntnis von den Stimmungen in der Tiefe. So muß man mit der Wöglichkeit rechnen, daß die Suggestionenbemühungen der annexionsistischen Phantasiopolitiker an den entscheidenden Stellen Erfolg haben.

Ungeachtet dieser Sachlage heißt es, bereit sein. An sich ist der Appell ans Volk vom demokratischen Standpunkt aus zu begrüßen. Es liegt darin die prinzipielle Anerkennung der ausschlaggebenden Macht der Volksmehrheit. Auf der Ueberausflimmung des Volkswillens und des Parlamentarismus beruht das überwiegende Gewicht des letzteren bei allen Konflikten mit anderen Faktoren der öffentlichen Macht. Wird sie von den letzteren erschlittet in Zweifel gestellt, so sind Neuwahlen geboten. Bestätige sie die alte Mehrheit, dann ist der Streik, wie das Regierungsschiff geleitet werden soll, endgültig erledigt.

In dem vorliegenden Fall bedeutet die Auflösung des Reichstags, der verfassungsgemäß Neuwahlen binnen 60 Tagen zu folgen haben, die Volksabstimmung über den Verständigungsfrieden und die freireichliche Neuordnung im Innern. Es ist selbstverständlich, daß bei diesem Charakter der Wahl die in normalen Fällen berechnete Taktik der Stimmengählung der Einzelparteien auszuhalten ist. Die Mehrheitsparteien werden gemeinsam auf dem Wahlplan aufzutreten haben, um den Beweis zu erbringen, daß die Mehrheit des Volkes in jenen beiden Schicksalsfragen der äußeren und inneren Politik hinter ihnen steht. Die klare Ausgählung der annexionsistischen Schreier mit ihrer ganzen Gefolgschaft von allduitschen Ideologen und Gewaltbetwern wie von großagrarischn und großindustriellen Kriegsgewinnlern muß alleiniges Ziel einer solchen Wahl sein. Dem gemeinschaftlichen Treiben dieser Herrschaften, das das Deutsche Reich und Volk ins Verderben zu reißen droht, muß durch ein überwältigendes Votum der Wähler ein Ende bereitet werden.

Daß gegen eine Reichstagsauflösung auf nachfolgendem heftigen inneren Kampfe mitten im Kriege schwere Bedenken geltend gemacht werden können, ist nicht zu verkennen. Allein das mögen die verantworten, die in Zweifel ziehen, daß die Mehrheit des jegigen Reichstags nach die Mehrheit der Wählerschaft repräsentiere. Will Herr Graf Reventlow das Tanzlein wagen, die „sogenannte Mehrheit“ wird auspielen.

David weist dann nach, daß und wie die Feldgrauen an der Wahl teilnehmen müssen und schließt dann: Sorgen dann die Mehrheitsparteien gemeinsam dafür, daß es überall mit rechten Dingen zugeht, und daß namentlich

die Hochzeiten drau, an den Eing'fen in ihr höchstes Recht, d'ngerecht und einseitiger Beeinträchtigung geschäftl. werden, denn wird die Wahl zu einem vernünftigen Volksrecht werden über die Gegner des Friedens und die Freilichkeit von Lande. Das deutsche Volk ist stark genug, um die Interessen seiner Feinde zu tragen und es sollte nicht nötig werden, mit

ihnen gemein zu werden, mit der Hilfe der erschütterten Interessenpolitik, die es in Unmündigkeit halten und ihm das Selbstbestimmungsrecht in seinen höchsten Interessen vorzuenthalten wollen. Es wird die in geschäftl. Angelegenheiten, das

Kriegswachrichten

Die Einnahme von Riga

Amsterdam, 4. September. („Dok.-Anz.“) Der kurzen Mitteilung des deutschen Generalsstabesberichtes und der aufeinander folgenden Meldungen über die Erfolge der deutschen Truppen an der Dünabronn bringt man in hiesigen Kreisen das größte Interesse entgegen. Englische Militärkorrespondenten erwarten eine Aktion der deutschen Flotte in Verbindung mit dem Heer, die insbesondere der Unterstützung des linken deutschen Flügels gälte. Sie heben hervor, daß die neue Aktion im Golf von Riga nichtig sei und ernsthafte Bedeutung für den militärischen Stützpunkt Petersburgs erlangen könne. „Daily Chronicle“ sagt: Die Operationen im Golf von Riga werden diesmal größere Aussicht auf Erfolg haben wie im August 1915. Ihr Ziel scheint zu sein, den linken Flügel der deutschen Armee bei Riga und auf dem Wege nach Petersburg zu unterstützen.

Rigas Hauptstadt, Riga, Russlands wichtigste Handelsstadt an der Ostsee, befindet sich in deutschen Händen. Eine Stadt von rund 300 000 Einwohnern mit großen geschichtlichen Traditionen, mit berühmten Bauten, modern-großstädtischer Entwicklung und alter deutscher Kultur. Die Einwohnerzahl beträgt ungefähr zur Hälfte aus Deutschen, die andere Hälfte verteilt sich auf Esten und Russen. Zu Friedenszeiten zogen von hier Handelsschiffe, mit den Erzeugnissen des russischen Reiches beladen, nach allen großen Hafenstädten Europas, während die Erzeugnisse der städtischen Industrie, Maschinen, Metall, Gummwaren, Bier, Tabakprodukte u. a. auf den Eisenbahnen ihren Weg ins Land nahmen. So besteht die Bevölkerung zum großen Teil aus modernen Industrieproletariern, die an der revolutionären Bewegung des Jahres 1905 bedeutenden Anteil nahmen.

Trotz kräftiger Russifizierung, der die alte städtische Verwaltung und die deutschen Schulen zum Opfer gefallen sind, gab es vor dem Kriege in Riga noch drei deutsche Tageszeitungen. Sie sind Zeugen eines starken deutschen Kulturlebens, das im 18. Jahrhundert durch die Wirksamkeit Johann Gottfried Herders an der Domschule befruchtet wurde. Von ihm erhielt einer der jüngsten Pflanze der Stadt seinen Namen. So weckt die Einnahme Rigas Erinnerungen aus der deutschen Geschichte.

Nach Brüssel, Gent, Antwerpen, Lille, Roubaix, Warschau, Lodz, Wilna, Bialystok, Libau und Suwalki ist Riga die zwölfte Großstadt, die in deutsche Hände gefallen ist.

Die neue Artillerieschlacht in Flandern

nimmt ihren Fortgang. Die Kämpfe, die sich im Anschluß an härteste Feuerleitung in der Gegend von St. Julien entwickelten, führten zu einer neuen Niederlage der Engländer. Die Wirksamkeit blieb lange. Deutsche Artillerie griffen erneut das von dem letzten Angriff noch brennende Caiais an. Im Artois griffen die Engländer wieder einmal zwischen der Kolonie St. Augustin und Lens am 4. September um 1.30 Uhr morgens an und wurden wiederum zurückgeworfen. Von der Aisne-Front ist außer erfolgreicher deutscher Fliegeraktivität nichts Besseres zu melden. Rüdlich Reims wurde bei Neuville ein französischer Vorstoß nach Handgranatentampf abgeblasen. In der Champagne hatten die Franzosen beiderseits der Straße Somme-Suippes seit mehreren Tagen ihre Artilleriefeuer gesteigert. Am 3. September wuchs es zum Trommelfeuer an. Um 7 Uhr abends begannen die Franzosen starke Truppen in den vordersten Gräben bereitzustellen. Diese Ansammlungen wurden deutscherseits rechtzeitig erkannt und unter geschlossener Feuer vernichtungsfähig genommen. Schwere Verluste unter den in den engen Gräben dichtgedrängten Mannschaften war die Folge. Nur etwa 150 Mann gelangten bis in die deutschen Stellungen, wo sie durch Gegenstoß wieder geworfen wurden. In der Verdun-Front hält das Artilleriefeuer an.

Die russische Mobilmachung

Während der am die Entfaltung des Krieges gemobene „unabhängige“ Sogenannte mit dem Bolschewik Kuli-Korotki als leitender Ausführender der Bolschewik-Konferenz kam aus dem russischen Gerichtssaal die einwandfreie Feststellung der Entfaltung des blutigen Belagerens. Ganz in dem von uns sofort festgestellten Sinne wärte auch der „Vorwärts“ diese gerichtliche Klärung nach Möglichkeit der Entfaltung der „Sozialdemokratie“, wie folgt:

„In der Nacht zum 30. Juli erhielt der Zar das Telegramm des deutschen Kaisers, in dem dieser sein Wort dahin verstand, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland freundschaftlich bleiben würden, falls die allgemeine Mobilmachung nicht erklärt werden würde. Jetzt gab der Zar, den inzwischen wieder die Angst gepackt hatte, und der einen Hoffnungsstrahl aufschimmern sah, den Befehl, die allgemeine Mobilmachung rückgängig zu machen.

Dieser Befehl ist nicht ausgeführt worden, weil ihn die Generale für technisch unausführbar hielten. Es wird sich nunmehr voraussichtlich ein militärischer Streit darüber entspinnen, ob die Rückgängigmachung angeordneter Mobilmachung technisch ausführbar ist oder nicht. Auf alle Fälle begreift man — zumal angesichts der spezifisch russischen Zustände — die Sorge der Generale, daß die Mobilmachung, einmal rückgängig gemacht, sich nicht so leicht wieder erneuern lassen würde. Die Panne war im Schuß! Zurück bleibt aber das Jammerbild eines angeblichen Selbstherrschers, den man angelogen hatte, die Mobilmachung beschränke sich auf die südwestlichen Bezirke. Erst am Tage darauf erfährt der Zar die Wahrheit, daß man seinen Befehl nicht ausgeführt habe, und es gelingt ihm „die Ueberzeugung beizubringen“, daß damit wohlgetan sei.

Es war nicht wohlgetan! Denn wäre der Befehl ausgeführt worden — hier beginnt die Phantasie wieder mit Möglichkeiten zu spielen — säße Nikolaus vielleicht jetzt nicht in Sibirien, sondern auf seinem Thron. Und Millionen Mütter hätten ihre Söhne behalten!

Indes, wie schon gesagt, die Schicksale, die dem Ausbruch der Katastrophe vorangingen, sind so verschlungen und verwickelt, daß niemand sagen kann, wie sich in Wirklichkeit die Entwicklung gestaltet hätte, wenn ein Glied aus ihr ausgefallen wäre. Und schon oft ist an dieser Stelle gesagt worden, daß es jetzt noch nicht an der Zeit ist, die Frage der Verantwortlichkeiten nach allen Seiten hin unparteiisch zu prüfen. Wenn aber die deutschen Sozialdemokraten dem freundlichen Rat gefolgt wären und das Schicksal zugunsten ihres angeblich allein schuldigen Vaterlandes gewendet hätten, dann sähe Herr Suchomlinow heute nicht auf der Anklagebank, sondern sein eigenes Standbild stände auf einer Triumphsäule vor dem kaiserlich russischen Kriegsministerium. Wir wagen zu bezweifeln, ob damit der absoluten Weltgerechtigkeit gedient gewesen wäre!

Unten aber am Sockel wäre der russische General Januschewitsch zu sehen, dessen dem deutschen Militärattaché gegebenes Ehrenwort, daß die Mobilmachung noch nicht erklärt sei — der Brave hatte die Order eben erst in der Tasche — schließlich doch jedem zivilisierten Europäer ein gewisses Grauen einflößen muß. Nochmals, wir wagen zu bezweifeln, ob es die historische Aufgabe des deutschen Proletariats war, die Herren Suchomlinow und Januschewitsch samt dem von ihnen hin und her „überzeugten“ Zaren zu Helden der Weltgeschichte aufzudecken zu lassen.

Das Problem ist aufgerollt, der Menschheit eine neue Organisation zu geben, die sie nicht mehr zum Spielball einzelner Menschen werden läßt. Von vielen Seiten her läßt sich beweisen, daß dieses Problem unausweichlich gestellt ist. Zur Fülle des zwingenden Beweismaterials liefert die bange Nacht des Nikolaus einen weiteren Beitrag.“

„Sozialdemokraten“ über Suchomlinow

Kopenhagen, 3. September. Das hiesige Blatt „Sozialdemokraten“ schreibt zum Suchomlinowprozeß: Auf diese Weise also begann der Krieg, der von Anfang an mit dem Namen „Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit“ geschmückt wurde. In den Ententeländern wird man über die unheimliche Gestalt Suchomlinows den Mantel des Schweigens hängen. Trotzdem aber wird sich der Bericht über die ganze Welt verbreiten als neues Glied in der Beurteilung der Verbrechen, die sich hinter dem feinen Spiel der Diplomatie verdecken. In solchen Händen lag das Schicksal der Welt, als der Krieg ausbrach. Die Zeit wird die Zukunft der Welt in die Hände der Völker legen.

Das Programm der Frauenkonferenz

Stockholm, 31. August. Die Internationale Frauenkonferenz, die vom 16. bis 18. September in Stockholm stattfindet und zu der Vertreterinnen aus den kriegsführenden wie aus den neutralen Ländern erwartet werden, wird sich mit folgenden Fragen beschäftigen: 1. Behaltsbezüge und Arbeitsbedingungen der Frauen; 2. die wirtschaftliche Stellung der Frau als alleinverdienende Familienverfängerin; 3. der Einfluß der Frauen auf die Vermeidung künftiger Kriege; 4. die ethischen Grundlagen des öffentlichen Lebens. — Auskünfte und Meldungen bei dem Empfangskomitee: Stockholm, Sibyllengatan 59 III.

Ergebnis der Londoner Sozialisten-Konferenz

W. I. B. Amsterdam, 30. August. Reuters gibt einen ausführlichen Bericht über die Sozialistenkonferenz der Arbeiter in London:

Sie trat gestern morgen von neuem zusammen, wurde aber bald auf Mittag vertagt, um den beiden Kommissionen über die Stockholmer Konferenz und über die Kriegsziele Gelegenheit zu geben, ihre Berichte auszuarbeiten. Die französischen Mehrheitssozialisten lehnten die Vertretung in der ersten Kommission ab. Die Vertreter der englischen Gewerkschaften nahmen an der Debatte der Kommission und an dem Aufstellen des Berichtes nicht teil. Sie erklärten vorher, daß die Frage der Teilnahme an der Stockholmer Konferenz der Entscheidung des Gewerkschaftskongresses überlassen werden müsse, der nächste Woche in Blackpool tagt. Der Bericht der Kommission für die Stockholmer Konferenz war Kamilar Machonals. Er trat dafür ein, daß alle Gruppen von sozialistischen und Arbeiterorganisationen an der Stockholmer Konferenz teilnehmen sollten. Seitens der französischen Mehrheit wurde erklärt, daß, wenn sie sich auch der Abstimmung enthalten sie mit einem Protest gegen die Verweigerung von Waffen nach Stockholm einverstanden wären. Der Bericht führte zu einer lebhaften Aussprache, während verschiedene der britischen Delegierten die Konferenz verließen, um sich nach Blackpool zu begeben. Machonals brachte einen Zusatzantrag ein, wonach die Konferenz erklären sollte, daß sie jede Besprechung mit Delegierten aus feindlichen Ländern ablehne, solange Deutschland die besetzten Gebiete nicht geräumt habe. Dieser Zusatzantrag wurde mit 55 gegen 4 Stimmen verworfen. Die belgischen Vertreter protestierten entschieden gegen die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz. Da sich für den Bericht Machonals keine Mehrheit fand, wurde er schließlich nur zur Kenntnis genommen. Der Bericht der Kommission über die Kriegsziele lag nur, daß der Mehrheitsbeschluß nicht zustandekam. Darauf wurde der Vorschlag angenommen, einen ständigen Ausschuss zur Vorbereitung einer neuen Sozialistenkonferenz einzusetzen.

Der Londoner Berichterstatter des „Allgemeinen Handelsblatt“ merkt: Der Glückwunsch an Rußland, der am Schluß der Konferenz angenommen wurde, war der einzige Punkt, über den Einstimmigkeit erreicht werden konnte. Bernhard Shaw war einer von den Delegierten, die die Verammlung verließen, weil, wie er sagte, nicht die geringste Aussicht auf Einigung bestünde.

Der Reichskanzler über die Suchomlinow-Enttüllungen

Kriegsausbruch und Kriegsziele

Der Kanzler hat dem Direktor des Wolffschen Bureau heute folgendes über die Enttüllungen des russischen Staatsprozesses erklärt: Wer den Zeitpunkt zum Kriege gewählt hat, steht wohl jetzt unwiderleglich fest. Nicht Deutschland ist es gewesen, sondern eine Militärpartei, die den Zaren umgab, und die sich im Banne von Frankreich und England befand. Der deutsche Kaiser, der vor dem Kriege, namentlich auch Rußland gegenüber, bei jeder Gelegenheit deutlich seine eigenen Friedenswillen und dem des deutschen Volkes Ausdruck gegeben hat, ist von den Ereignissen, wie allgemein bekannt, auf seiner Erholungsreise nach den nordischen Ländern überrascht worden. Bis zum letzten Augenblick machte er in seinem Telegrammwechsel mit dem Zaren und dem englischen Könige die ernstesten, eindringlichsten Versuche, im Sinne des Friedens zu wirken. Der Schwerpunkt der neuen Enttüllungen liegt darin, daß der Zar, der über Krieg und Frieden zu entscheiden hatte, durch die Bemühungen des deutschen Kaisers auch in der Tat zu der Ueberzeugung gelangt war, daß Deutschland den Krieg nicht wollte. Die Folge dieser Ueberzeugung war sein bindender Befehl, die russische Mobilisierung rückgängig zu machen. Aber ein paar Verbrecher, die den Zaren belogen, haben sich über den Befehl hinweggesetzt und seine Ausführung durchkreuzt.

Das Ehrenwort des Herrn Januschewitsch wird in der Geschichte fortleben. Wie der damalige Militärattaché in Petersburg, Major von Eggeling, soeben telegraphisch mitteilt, bezog sich das Ehrenwort des russischen Generalsstabes ausdrücklich auch darauf, daß bis zum 29. Juli nachmittags noch keinerlei Mobilisierungsbefehl ergangen sei. Januschewitsch versicherte dem deutschen Militärattaché, daß die beruhigenden Eröffnungen Suchomlinows vom 27. über etwaige Mobilisierungsabsichten Rußlands nach wie vor völlig zuträfen und dabei hatte Herr Januschewitsch den fertigen Mobilisierungsbefehl in der Tasche!

In der Depesche des Zaren an den Kaiser war ferner auch die Entsendung des Generals Tatischeff mit einem Briefe zum deutschen Kaiser in Aussicht gestellt. Wo blieb Tatischeff? Von seiner Reise hat man nichts mehr gehört. Sollten Suchomlinow, Januschewitsch und ihre Mitverschwörer ihn an der Abreise verhindert haben, oder war auch die Ankündigung seiner Mission nur dazu bestimmt, Deutschland betrügerisch in Sicherheit zu wiegen? Deutschland mußte in den schwersten Verteidigungskampf um sein Dasein eintreten, weil es bedroht war von seinen beute- und machtgierigen Nachbarn Frankreich und Rußland, die es zerstören wollten, und weil das Imperium jenseits des Kanals der Ansicht war, daß es den Kampf um die Hegemonie Europas gelte, wie Sir Edward Grey sich einmal ausgedrückt hat. Nichts anderes als der freudigste Wille verdrängter Kriegstreiber zwang uns in den blutigen Verteidigungskampf um Leben und Freiheit hinein. An dieser durch Suchomlinow und Januschewitsch jetzt erneut bestätigten geschichtlichen Wahrheit kann keine amerikanische Note etwas ändern, und ebensowenig wird eine solche Note auch unsern festen Willen erschüttern, in treuer Gemeinschaft zwischen Krone, Regierung und Volk das Kriegsziel zu erkämpfen, wofür unsere Helden nun schon mehr als drei Jahre lang ringen und bluten: Wahrung eines heiligen Rechts auf Deutschlands Unverletzlichkeit und auf die Freiheit seiner gewählten friedlichen Weiterentwicklung.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Weitere Verschiebung der Stockholmer Konferenz

Stockholm, 2. September. Sprechende Telegrammgramme: Da die Verhandlungen der Konferenz der Arbeiter in London eine unmittelbare Lösung der Sachfrage nicht im Ausblick stellen, bezieht der Organisationsausschuß der Stockholmer Konferenz diese nicht zum 9. September einzuberufen, sondern ein neues Datum festzulegen, welches bestimmt und den angehörenden Parteien mitgeteilt werden wird, sobald die russische Organisationsabordnung aus London zurückgekehrt ist.

Das schwankende Schicksal Stockholms ist ungenügend bekannt. Jedenfalls kann die deutsche Sozialdemokratie sich darauf freuen, daß sie alles getan hat, um die Veranstaltung zu fördern.

Stockholmer Vertagung

W. I. B. Kopenhagen, 4. September. Bericht: Abends merkt aus Stockholm, die dortige Konferenz wird um mindestens zwei Monate vertagt. Der schwedische Landtag hat die Konferenz trotz aller Schwermutungen abgelehnt.

Trotz des ungünstigen Sterns, der bisher das Schicksal Stockholms bestimmte, möchten wir dieser unheimlichen Nachricht doch kaum glauben. Eine haben die bisherigen Verhandlungen über Stockholm leider allerdings klar erwiesen, daß es außer den heurigen und österreichischen Sozialdemokraten nur sehr wenige wahre und entschiedene Freunde des so bitter notwendigen Stockholmer Friedenswerkes gibt. Es wäre unverantwortlich, sich über diese Tatsache hinwegtäuschen zu wollen. Die Schrecken des Weltkrieges scheinen noch zu wenig menschliches Empfinden zu erregen. Denn über den Willen für Stockholm entscheidet nicht die schändliche Raubgier großkapitalistischer Imperialisten, sondern die Einsicht der Volksparteien über die Notwendigkeit der sofortigen Einstellung des mahnenden an Massennordens. Und an dieser Einsicht fehlt es leider so sehr.

Zur neuen Stockholmer Tagung

lagt der heutige „Vorwärts“: Mit dieser Vertagung sind die Aussichten für das Zustandekommen nicht günstiger geworden. Die sozialdemokratischen Parteien der Länder der Zentralschmächte wären jedenfalls von Anfang an und zu jedem Zeitpunkt bereit, die Reise nach Stockholm anzutreten. Ihre Regierungen haben ihnen keine Schwierigkeiten bereitet. Wenigstens die Schuld an dem fortwährenden Verschieben der Konferenz trifft, steht einwandfrei fest.

6 gr. Volksversammlungen!!

Reichstagsabgeordneter Wilhelm Buc, Dresden

spricht über:

Der Krieg und Deutschlands Zukunft

in Steegen Sonntag den 9. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Werner,
in Danzig Dienstag den 11. September, abends 8 Uhr, im Lokale „Zur Ostbahn“ in Ohra,
in Marienburg Mittwoch den 12. September, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokale in Hoppenbruch,
in Elbing Donnerstag den 13. September, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“,
in Graudenz Freitag den 14. September, abends 8 Uhr, im Lokale Fährplatz 3,
in Dr. Friedland Sonntag den 16. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Vereinslokale Gartenstr. 5.

Alle Männer und Frauen sind zu diesen wichtigen Versammlungen hierdurch eingeladen. Hier wird jedem Gelegenheit gegeben, sich über die bedeutenden politischen Vorgänge der letzten Zeit richtig zu informieren. Daher veräume niemand den Besuch. Zur Deckung der Unkosten finden freiwillige Sammlungen statt.

Der Bezirksvorstand der Westpreussischen Sozialdemokratie.

A. N.: Julius Gehl, Danzig, 4. Damm 7.

216

Mahnruf an Stockholm!

In Wien hat am 29. und 30. August eine sozialistische Konferenz stattgefunden, auf der die aus den Unterschriften erachtlichen Parteien vertreten waren. Ueber den Verlauf der Konferenz wird ein summarischer Bericht veröffentlicht werden. Es wurde unter anderem die Absendung des folgenden Briefes beschlossen:

An das holländisch-skandinavische Komitee in Stockholm

Werte Parteigenossen!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Parteien Österreich-Ungarns-Rosniens und die bulgarische geeinigte Sozialdemokratische Partei sind hier zu einer Besprechung versammelt, um über wichtige, wesentlich formale und technische Vorbereitungen für Stockholm einen Gedankenaustausch zu pflegen. Die Besprechung wurde gerade für den jetzigen Zeitpunkt einberufen, weil wir in ihm den Vorabend der Stockholmer Konferenz sahen. Wir finden uns nun in der bedauerlichen Lage, daß eine abermalige Verschiebung der Konferenz zu befürchten ist. Wir setzen allerdings voraus, daß die zur selben Stunde stattfindende Konferenz der Sozialisten der Entente-mächtigenden einhellig beschließen wird, dem Widerstand ihrer Regierungen zum Troste Stockholm zu beschließen. Wir setzen weiter voraus, daß unsere Genossen in England, Frankreich und Italien den Widerstand der herrschenden gegen die proletarische Aktion in Stockholm nur als eine Aufforderung mehr ansehen werden, ihre sozialistische Pflicht zu tun, und daß sie auch Einfluß, Macht und Energie genug haben werden, die Hindernisse, die ihnen gerade in den Ländern, die sie ihrer Demokratie rühmen, in den Weg gelegt werden, zu überwinden. Die Verweigerung der Pässe wird, wie wir mit Sicherheit erwarten, nicht aufrecht erhalten werden können.

Aber Parteigenossen, wir, die wir die konsequente Fähigkeit und die Unfähigkeit des holländisch-skandinavischen Komitees anerkennen, die wir unjenerseits von Anfang an mit der größten Bereitwilligkeit um und mit der größten Geduld alles getan haben, um zu bewirken, daß das Zusammenreffen der Sozialisten aller Länder ermöglicht und dem Frieden der Weg bereitet werde, die wir uns sorgfältig gehütet haben, irgend etwas zu tun, was diese so bedenklich langsame Entscheidung fördern könnte, müssen euch jetzt um so dringender bitten, noch einmal alles daranzusetzen, um ein definitives Datum für unsere Konferenz, und zwar für einen möglichst nahen Termin festzusetzen und sodann unverrückbar festzuhalten. Es war uns in diesen auch innerpolitisch so kritischen Zeiten nicht leicht, uns auf die wechselnden Termine einzurichten; wir haben auch große Schwierigkeiten bei unserer Parteiarbeit und der Erfüllung unserer parlamentarischen Pflichten überwinden müssen. Haben Parteitage und ähnliche Versammlungen wiederholt verschoben und es des großen Zweckes halber gern getan.

Aber wenn wir die Einberufer der Stockholmer Konferenz, die sich ein so großes Verdienst um die Internationale erworben haben, dringend ersuchen, nunmehr auch auf diejenigen Parteien Rücksicht zu nehmen, die von Anfang an Stockholm gewollt und gewünscht haben, so geschieht es nicht nur, um die uns erwachsenden technischen Schwierigkeiten künftig zu vermindern, sondern weil wir der Ueberzeugung sind, daß die wiederholte, wenn auch noch so begründete und unvermeidlich gewesene Verschiebung des Konferenztermins den heiligen Zweck unseres Unternehmens aufs schwerste lähmt. Millionen von Proletariern, Millionen von leidenden Menschen warten sehnsüchtig und mit vertrauensvoller Hoffnung auf die Zusammenkunft und das Zusammenwirken der sozialistischen Proletariats für den Frieden. Diese Hoffnungen werden enttäuscht, diese Begeisterung muß dem Zweifel und der Gleichgültigkeit Platz machen, wenn sich die Massen einer immer wiederkehrenden Verschiebung gegenübersehen.

Die sozialistische Internationale war nicht imstande, den Krieg zu verhindern; das ist ihr Schicksal, nicht ihre Schuld. Und wenn Schuld besteht, ist es heute nicht an der Zeit, über ihr Ausmaß und den Anteil jedes einzelnen Band an dieser Schuld zu rechten. Aber

wie dem auch sein möge, es ist doppelt und hundertfach die Pflicht jedes Sozialisten und jeder sozialistischen Partei, alles zu tun, um dem Kriege ein Ende zu machen, und mit Aufgebot aller Kraft und aller Selbstverleugnung den Frieden zu fördern, der dem Entsetzen ein Ende macht, daß die Völker bis an den Hals im Blute waten. Wir setzen voraus, daß diese Gesinnung unsere Genossen in allen Ländern besetzt und daß trotz alledem auch in jenen Ländern, die am schwersten für die Beteiligung an der Konferenz zu gewinnen waren, die Massen die gemeinsame Arbeit für den Frieden wollen und daß ihre verantwortlichen Vertrauensmänner, sich ihrer höchsten und dringendsten sozialistischen Pflicht bewußt, dieses Ziel über alle Bedenken setzen lassen werden.

Wir appellieren daher an euch sowie an die russischen Genossen, die als Mitveranstalter der Konferenz in so zielbewußter und kluger Weise gefördert haben, daß ihr vereint in euren Bemühungen nicht nur fortfahrt, sondern sie endlich zu einem definitiven Abschluß führt. Weitere Ungewißheit würde zu unserem größten Leidwesen und sehr zum Schaden der großen proletarischen Sache und des Friedens unser Werk nicht nur im Bewußtsein der Welt zurückdrängen, sondern seinen Erfolg ernstlich gefährden.

In der Ueberzeugung, daß ihr diesen unseren Appell würdigen werdet als eingeleitet von rein sachlichen, aus unserer internationalen sozialistischen Ueberzeugung stehenden Beweggründen und von dem festen Vertrauen in eure so oft bewiesene Klugheit, Umsicht und Energie zeichnen wir

mit sozialistischem Gruß

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:
Fritz Ebert, Philipp Scheidemann.

Für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich:
Ferdinand Starek, Viktor Adler.

Für die sozialdemokratische Partei Ungarns:
Dezider Bokany, Dr. Siegmund Kunig.

Für die tschecho-slawische Arbeiterpartei:
Anton Reuec, Dr. Soutup, B. Tujar.

Für die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich:
Kudolf Maria, Viktor Stein, Eduard Burian.

Für die rumänische sozialdemokratische Partei in Österreich:
Georg Grigorovici.

Für die italienische sozialdemokratische Partei in Österreich:
Valentino Vittoni.

Für die jüd-slavische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich:
Dr. Heinrich Tuma, Anton Kristan.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die Vereinigte sozialdemokratische Partei Bulgariens:
A. Jantow, Dr. R. Djidroff.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Für die ukrainische sozialdemokratische Partei Österreichs:
Wladimir Lemnizki.

Danziger Nachrichten

Wald und Feld

Der Sommerwind jagt in den Zweigen des Waldes und wehlt, wie mit leisen Händen die manneshohe Saat des Feldes, daß sie dort, wo er sie beugte, silbergrau aufschimmerte. Der Tag ging zur Rüste. Saß g und tiefgelb fielen die Sonnenstrahlen auf die Erde. Eine große Ruhe atmete ringsumher. Da tönte sich das Rascheln des Waldes zu einer raunenden Stimme und in den Halmern des Feldes wisperte ihr Antwort.

„Wie sind die Tage still und ehlönig geworden! Die Baare, die sonst zur Sommerzeit gern unter meinem Laubdach mandelten, vermisse ich nun schon Jahre hindurch. Nur Kinder und einsame Frauen sehe ich hin und wieder!“

„Wald, das ist der Krieg! Mir geht es ebenso. Auch aus meinen blumenbestandenen Rainen ist alle Fröhlichkeit gewichen. Kein Strauß wird mehr von Menschenhänden gepflückt, kein Kränzlein gewunden!“

„Und die Vögel, die in den Kronen meiner Bäume nisten, wukten in jedem Frühlings so viel zu erzählen von fernem Schlachten von Brand und Grauen, von Tod und Vernichtung!“

„Sahst du die Feldgrauen nicht, die an Stöcken durch meine reisende Pracht einherhumpelten oder den Arm in der Binde trugen? Die reden nicht viel. Nur selten öffnen sich ihre Lippen. Aber in ihren Augen spiegelt der Widerschein von Furchbarem, das sie weit draußen gesehen!“

„Und wird es nie wieder werden, wie ehedem? Werden Bach und frohe Worte nie wieder in meinen schattigen Hallen erschallen?“

„Wenn der Friede kommt, wird es wieder werden, wie einst!“

„Der Friede? Wird er denn noch lange auf sich warten lassen?“

Ein Rudel rief irgendwo im Dickicht. Der Wald schwieg. Dann ging in jähen Stößen ein Rauschen durch seine Kronen; das Klang wie tiefes Seufzen. Rot rann lehtes Tageslicht um seine Stämme: das sah aus wie Blut. Im Felde begannen die Grillen zu zirpen; erst eine, dann mehrere, dann viele. Und die roten Wälder der Moosbäume die dicht gedrängt am Feldrain standen, schimmerten wie Blut — wie tropfendes Wundenblut. Die Nacht hatte sich auf die Erde gesenkt.

„Lieber mit den Konservativen.“

Dieses, aus tiefer Seele gekommene Bekenntnis eines Danziger „Unabhängigen“, anlässlich einer Volksversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, hat für viele nicht wenig Ueberraschung gebracht. Die „Danziger Allgemeine Zeitung“, das hiesige Organ der Konservativen, war zunächst sprachlos. Als wir dieses Blatt auf die angebotene Bundesbruderschaft mit den Unabhängigen hingewiesen hatten, sauchte es uns nicht schlecht an. Es hielt eine solche Ehe als „unwürdig seiner Würde“. Vielleicht suchen sich die Danziger Unabhängigen nun eine andere Liebe.

Inzwischen ist ihr vergebliches Liebeswerben bei den Konservativen durch die Parteipresse der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Eine Notiz des „Vorwärts“ erregte den besonderen Unwillen der „Leipziger Volkszeitung“. Sie ließ sich über den Hergang in der Danziger Versammlung folgenden verlogenen Bericht schreiben:

„Herr Bariel... wollte über die „Neuorientierung“ sprechen. Seine Rede war ein Phrasenkrei von gehässigen Ausfällen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Der größere Teil der etwa 400 Besucher zählenden Versammlung bestand aus unsern Anhängern, die sich gegen die Provokationen durch Zwischenrufe wehrten. Die Resolution der Abhängigen wurde dann ohne Diskussion abgelehnt. Etwa 50 Personen stimmten für sie. Diese Niederlage versuchten die Abhängigen in einen Erfolg umzuändern, indem sie dreist und gottesfürchtig erklärten, diese Resolution sei angenommen. Dabei hat der zu ihnen gehörige Versammlungsleiter Sellin ausdrücklich in der Versammlung die Ablehnung der Resolution festgestellt.“

Die „Kölnischer Volkszeitung“ sagt zu dieser infamen Fälschung:

„Eine dreist dreiste Umdeutung der Wahrheit zwingt zu der Frage, wie „Charaktere“, die solcher Leistung fähig sind, den Namen „Sozialisten“ noch immer misbrauchen können? Warum schwindelte man denn nicht lieber gleich, daß die Versammlung gar nicht stattgefunden hat? Wollte man vielleicht nur das früher recht bekannte Wort: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“ wieder zu Ehren bringen? Der „Bericht“ beweist doch aber in jeder Zeile seine Unmöglichkeit. Immer wieder verstehen wir nicht, wie die juristischen und bürgerlich-akademisch gebildeten Führer der „Unabhängigen“ eine so gehässige Verwilderung unterzügen können?“

Sachlich stellen wir kurz fest, daß die ganze Volksversammlung bezeugen muß, daß die „unabhängige“ Darstellung eine freivol erlegene Fälschung der Wahrheit ist. Die Versammlung nahm die Resolution gegen nur etwa 40 Stimmen an, was Genosse Sellin selbstverständlich auch festgestellt hat.“

Wir können diese zutreffende Darstellung nur bekräftigen und sind der Meinung, daß der „unabhängige“ Danziger Berichterstatter, der kein Blatt so schändlich hineingelegt, sich seinen Bericht einfach aus den Fingern gezogen hat. Denn an der Versammlung kann der Schreiber unmöglich teilgenommen haben.

Uebrigens hat Genosse Sellin Gelegenheit genommen, der „Leipziger Volkszeitung“ eine Berichtigung zu senden. In der er im Gegenlag zur „L. V.“ wahrheitsgemäß feststellt, daß die Resolution angenommen worden ist und daß er (Sellin) dies ausdrücklich festgestellt hat und alle gegenteiligen Behauptungen unwar sind. Die „L. V.“ gibt diese Berichtigung nur referierend wieder. Sie will es ihrem Danziger Gewährmann überlassen, sich dazu zu äußern.

Wir sind auf den neuen Schwindel des „unabhängigen“ Berichterstatters sehr gespannt.

Gefinnungsfreunde! Werbt unermüßlich für die Volkswacht! Jeder neu-gewonnene Leser der Volkswacht stärkt die Reihen der Kämpfer für einen gerechten und ehrenhaften Frieden. Das Lösungswort an jedem Arbeitsplatz und in jeder Werkstatt kann und soll sein: Abonniert die Volkswacht die unermüßlich die Rechte des arbeitenden Volkes vertritt.

Reichstagsabgeordneter W. Buc

spricht am Dienstag den 11. September, abends 8 Uhr, in der Ostbahn in Ohra über: „Der Krieg und Deutschlands Zukunft“. Die politischen Vorgänge in Deutschland erregen das Interesse der Volksmassen bis weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Es gilt für die Danziger Bevölkerung zu zeigen, daß auch sie eine baldige völlige Durchführung der versprochenen Neuordnung fordert. Ferner gilt es auch hier den Kanerionisten zu beweisen, daß die Massen des Volkes für einen Verständigungsfrieden sind, der trotz der Verdächtigungen und Schimpfereien die Zukunft Deutschlands sichert. Wir bitten unsere Freunde für einen starken Besuch der Versammlung Sorge tragen zu wollen.

Vor mehreren Wochen machte der Magistrat die trübige Mitteilung, daß er jetzt so reichlich mit Butter versorgt sei, daß er in Zukunft hinter eine reichlichere Menge werden könnte. Diese Voraussage erfüllte sich nicht, jedoch wurde allmählich der Mangel an Butter so vergrößert, daß der Bevölkerung schließlich die Butter für eine Woche vorenthalten wurde. Der Magistrat hofft nun in einer neueren Bekanntmachung, daß er in Zukunft den Montag als Tag des Aufrufes werde festsetzen können. Die Verzögerung sei dadurch entstanden, weil in einigen Milchverkaufsstellen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Dadurch war ein unkontrollierter Mehrausbrauch entstanden. Ausdrücklich wird festgestellt, daß an der Butterlieferung nicht mangelnde Lieferung der Provinzialstelle die Schuld trage. Das ist für die Danziger Bevölkerung ein sehr magerer Trost. Man hätte erwarten können, daß der Magistrat die Butterversorgung so organisiert hätte, daß solche Unregelmäßigkeiten nicht wochen- oder gar monatelang bestehen könnten. Die Bevölkerung leidet durch die Entziehung der Buttermenge große Einbuße.

Sitzung des großen Arbeitnehmersausschusses.

Am Freitag den 31. August fand im Rathaus eine Sitzung des großen Arbeitnehmersausschusses statt. Stadtrat Dr. Grünspan gab einleitend eine Übersicht über den Stand der Ernährungsfrage. Der Schwerearbeiterausschuss erhält einen Oberausschuss, der die Preise Danzig, Danzig Höhe und Niederung sowie Neustadt umfaßt. Jeder Kreis stellt einen Unterausschuss. Für den Stadtkreis Danzig soll der Oberausschuss auch als Unterausschuss wirken. Der Zweck der Maßnahme ist, dafür zu sorgen, daß die in Danzig arbeitenden Arbeiter der umliegenden Landkreise nicht schlechter gestellt werden wie die Danziger Arbeiter. Die zu den Landkreisen gehörenden Vororte Bürgerwiesen, Groß- und Klein-Waldhof, Odra, Emaus, Brentau und Biehlendorf sollen von Danzig aus mit Lebensmitteln versorgt werden. Es wurde weiter mitgeteilt, daß es sich als notwendig gezeigt hat, den ganzen Milchhandel durch die Stadt zu zentralisieren. Alle Milch, die nach Danzig kommt, soll in der zu errichtenden städtischen Molkerei abgeleitet werden, wo die Verbutterung und die Verteilung an die einzelnen privaten Milchhändler erfolgt. Auch eine Zusammenlegung der Bäckereien hat sich als notwendig erwiesen, um Kohlen zu sparen. Die stillgelegten Bäckereien werden von den arbeitenden versorgt. Der Betrieb wird nur in den besten Bäckereien aufrecht erhalten. Ferner ist es notwendig, das ganze Feuerwesen in der Stadt zusammenzufassen. Auf der Feuerwehre wird ein Fuhrmittelamt errichtet. Dieses sorgt dafür, daß alle Pferdeträfte voll ausgenutzt werden. Zum Schluß wird Redner darauf hin, daß die Bevölkerung sich immer mehr auf die Pflanzenkost umzurichten haben. Es sei nicht möglich, alle Tiere durchzuführen. Auch dem Viehbesitzer werde man noch mehr Vieh abschlagen müssen und auch die Schweinemast werde eingeschränkt werden müssen, da die Gerste zur menschlichen Ernährung gebraucht werde. Selbst den Mais werde man besser in Mehl verwandeln.

Es folgte eine ausgedehnte Aussprache. Herr Köppen brachte zunächst die Frage der Ersparung von Gas und Kohlen zur Sprache. Es sprachen weiter zu der Sache Stadtverordneter Nitz, Jäpel, Galkowski, Berent, Rogozki, Zeller, Reed, Klein, Habenicht u. a. Es wurde darauf hingewiesen, daß die kleinen Gasverbraucher mehr nicht in der Lage sind, Gas zu sparen, man müsse sich an die größeren Gasverbraucher halten. Manche Kronleuchter könne verschwinden. Die Kohlenhändler sollten nicht nur an die großen Verbraucher denken, sondern auch an die kleinen, die schon jetzt warten müssen. Manche Familien konnten sich vorher reichlich eindecken. Es wurde weiter die Aufmerksamkeit darauf hingelenkt, daß sich auch bei den Kohlen der Kriegswucher einmische. Es werden für den Zentner Preise von 2,20 bis 3,50 Mark genommen. Die Festlegung von Höchstpreisen sei dringend erforderlich. Ferner solle man dafür Sorge tragen, daß nicht ausländische Kohle zu hohen Preisen verkauft und inländische Kohle zu den hohen Auslandspreisen abgegeben werde. Genannte Redner machte noch darauf aufmerksam, daß Munitionsarbeiterinnen ganz Tage müßiger

arbeiten müßten, um nur ein paar Pfund zu erhalten, was doch ein ganz unhaltbarer Zustand sei. Stadtrat Schwarz zeigte sich entgegenkommend und versprach, der Einführung von Höchstpreisen näher zu treten und auch Bereiche als Kohlenhändler anzuerkennen, damit den Arbeitern auf diesem Wege Kohlen ohne Weiteres ausgeteilt werden können. Auf große Vorzweifelungen in diesem Jahre könne nicht gerechnet werden. Es werde ein Kohlenausschuss gebildet werden. Wo sich bei den Nachprüfungen übermäßig große Kohlenvorräte in den Kellern vorfinden, sollen sie in Anspruch genommen werden. An den Kohlenausschuss werden auch Vertreter dieser Verammlung gewählt werden.

Stadtrat Dr. Grünspan teilte mit, daß man an Stelle von Gummifauger auf einen Ertrag von Glas werde zurückgreifen müssen. Wahrscheinlich werde man eine städtische Verkaufsstelle dafür einrichten.

Den jetzigen Kartoffelpreis hielt man für zu hoch. Einige Landwirte, die sich eine gesunde Moral bewahrt haben, sind der gleichen Meinung. Es wurde weiter gewünscht, daß man recht bald den Einkauf von Kartoffeln den Familien freigebe, um rechtzeitig die Bezugsscheine zu erhalten. Stadtrat Schwarz antwortete, daß die Bezugsscheine schon jetzt beantragt werden können.

In der Gemüsefrage wurden die bekannten Vorgänge in der Provinzialstelle besprochen und die hohen Gemüsepreise bemängelt. Daß die Waren erst über den Großhändler an den Verbraucher gelangen, sei ein unpraktischer und unnötig verteuern der Umweg. — Stadtrat Dr. Grünspan sagte zu, daß der gemeinsame Einkauf von Waren auf dem Großmarkt durch Verbraucher zugelassen werden solle.

Auch die Käsefrage kam durch Herrn Gätjens zur Sprache, der die Verteilung des Volkstheaters an „geistige Schwerearbeiter“ bemängelte. Die Provinzialstelle hat zugesagt, daß sich die Sache nicht mehr wiederholen solle.

Schließlich wurden noch die Fischfrage, die Speisehallen und die Anlegung von Kleingärten auf dem Ziegenberger Gelände behandelt.

Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen

Am Mittwoch hatte der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen im Gesellschaftshaus eine Sitzung, in der ein Tätigkeitsbericht erstattet und eine Reihe von Fragen erörtert wurden. Die Stoffülle war so reichhaltig, daß man beschloß, hinfürdiger Sitzungen anzuberäumen. Der Vorstand wurde wie folgt wieder- und neugewählt: Vorsitzender Parteisekretär Gohl, Stellvertreter Ingenieur Fluh, Kassensführer Werkmeister Gätjens, Stellvertreter Stadtverordneter Nitz, Schriftführer: Redakteur Buchholz, Stellvertreter Kaufmann Mielke, Beisitzer Elektrotechniker Kolbe, Zuschneider Hönen und Gewerkschaftsbeamter Jäpel. Als neues Mitglied wurde der Mieterverein aufgenommen. Der Forderung nach Begründung von Verbraucherkammern schloß man sich an. Eine weitere Folge ist die, daß der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen sich in eine Dauerorganisation für die Friedenszeit verwanbelt. Auch soll dann der Begriff des Verbrauchers ausgedehnt werden. Auch mit den Fragen der Kleidung und selbst Wohnung müßte man sich beschäftigen. So wurde der Wunsch ausgedrückt, für Danzig einen städtischen Wohnungsnachweis zu errichten. Es kämen hier Bedenken in Betracht, daß Mieter ihre Wohnung räumen müßten aber keine neue Wohnung fänden. Es sei ihnen unmöglich, tagelang auf die Wohnungssuche zu gehen. Da müßte ein amtlicher Wohnungsnachweis eingreifen. Mit der in Aussicht gestellten Butterpreiserhöhung konnte man sich nicht einverstanden erklären. Eine sachliche Begründung sei dafür nicht vorhanden. Der Zweck sei lediglich, nach der Steigerung des Butterpreises den Milchpreis zu steigern und dann abermals den Butterpreis zu erhöhen und so endlos weiter, nur um die Gewinne zu steigern. Diese rückwärtslose Schröpfung der Verbraucher auf allen Gebieten müsse aber zu tiefer Erbitterung führen. Man beschäftigte sich weiter mit der Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Immer dringender und allfälliger wird diese Regelung gefordert. Aus dem Felde würde ein Mitglied die Zeitschrift der Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände, in der von einem Danziger Mitarbeiter gleichfalls ein Plan für die Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugung veröffentlicht wird. Auch für den Stadtkreis Danzig und die Kriegswirtschaftsstelle

ausdrücklich die Regelung des Betrags. Hier müßte besonders der Ausbau von Kartoffeln und Gemüse betrieben werden. Man verlangte ein besonderes Reichsgesetz. Das Eigentumsrecht am Boden dürfe kein Hindernis sein, um unzureichend zu ernähren. Das Reich verfüge über unser Leben zugunsten der Gemeintheit, wie viel mehr habe es das Recht, über den Boden zugunsten der Gesamtheit zu verfügen. In diesem Gesetz müsse ausgeführt sein, daß das Oberigentum am Boden dem Reiche oder Staat gehöre. Jeder Bodenbesitzer sei verpflichtet, den Boden ordnungsmäßig zu bewirtschaften. Setzt er dazu nicht in der Lage, so habe er der Gemeindebehörde rechtzeitig Meldung zu machen. Die Gemeinde übernehme dann diese Bewirtschaftung. So weit auch sie dazu nicht in der Lage ist, trete dann der Kreis oder eine Landverwendungs-gesellschaft ein. Sie sucht Personen zu gewinnen, die die Bewirtschaftung auf eigene Rechnung übernehmen. Die Ansehungsbehörden sollten ihre Tätigkeit sorgfältig im größten Umfange aufnehmen und Kriegsmilitären, Personen aus überflüssigen Betrieben, die vom Kriegsdienst geschlossen werden und Hilfsdienstpflichtige ansiedeln. Bodenbesitzer, die ihren Verpflichtungen hinhaltig nicht nachkommen wollen, sollten als Hilfsdienstpflichtige eingezogen und u. U. auch enteignet werden. Jedem Bodenbesitzer sei aufzugeben, in welchem Verhältnis er die einzelnen Früchte auf seinem Boden anzubauen hat. Den Landwirten sollte jede mögliche Unterstützung und Förderung in der Erzeugung gewährt werden. Weiter wurde der städtische Großmarkt behandelt. Man verlangte die Zulassung der Verbraucher und die Zuneigung der Höchstpreise. Bezüglich der Auslandswaren vermehrte man eine Sicherheit gegen Mißbrauch mit den höheren Auslandspreisen. Ferner wurde verlangt, daß die Magermilch der menschlichen Ernährung zugeführt wird. In der Kartoffelfrage wünschte man eine eingehende Beratung in dem Ausschuss der Preisprüfungsstelle. Die Reichsartoffelstelle müsse auf den Kopf der Bevölkerung nicht 1 Pfund, sondern 2-3 Pfund zuteilen und im Herbst müsse es jeder Familie gestattet werden, sich für das ganze Jahr mit Kartoffeln zu versorgen. Schließlich wurden auch die Obst- und Gemüsepreise behandelt, die viel zu hoch seien.

* Kriegsunterstützung und Armenpflege. Den Unterschied zwischen Familienunterstützung und Armenpflege, der für die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte von Bedeutung ist, hat das Bundesamt für das Heimatwesen in Berlin in einem bemerkenswerten Urteil festgelegt. Nach der Entscheidung des Bundesamts, vor dem die Streitigkeiten der Armenverbände zum Austrag kamen, war der Zweck des Familienunterstützungsgesetzes der, den Unterhaltungen der Familien der Kriegsteilnehmer den niederdrückenden Charakter der Armenpflege zu nehmen. Habe demnach die infolge der Kriegsunterstützung des Ernährers entstandene Hilfsbedürftigkeit seiner Familie unter allen Umständen der Armenpflege entzogen werden sollen, so sei diese Familie niemals hilfsbedürftig im armenrechtlichen Sinne; die Leistungen, die ihr gewährt würden, trügen nicht den Charakter der Armenpflege. Sie seien nicht bestimmt, armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit, sondern eine Hilfsbedürftigkeit zu beseitigen, die auf den Krieg und die Einberufung des Ernährers zurückzuführen sei. Und die nach besonderer gesetzlicher Bestimmung der Armenpflege entzogen und einer besonderen Fürsorge der Kriegsmobilmachung überwiegen worden sei. Da auch die über die Mindestgrenzen hinaus erforderlichen Unterhaltungen niemals einen armenrechtlichen Charakter tragen sollten, so hätten sie diesen Charakter auch dann nicht, wenn sie an Stelle der Versorgungsverbände von anderer Seite gewährt worden seien. — In einem anderen Urteil des Bundesamts wird weiter festgestellt, daß eine Gemeinde den Unterhaltungen, die sie an aus Anlaß des Krieges erwerbslos gewordene Personen zahlt, nicht etwa in ihrer Eigenschaft als Armenverband den Charakter der Armenpflege beilegen darf. Eine Familienunterstützung sei übrigens auch dann keine Armenunterstützung, wenn sie voraussichtlich auch ohne die Einberufung erforderlich geworden wäre. Es mache ferner keinen Unterschied, wenn die Kriegsunterstützung ganz oder zum Teil an Stelle einer schon zuvor gewährten Armenunterstützung trete.

Danziger Kleinwohnungsnot und Kriegserheimstätten. Das unter diesem Titel vom Danziger Ausschuss für Kriegserheimstätten veröffentlichte Flugblatt hat außerordentlichen Anklang gefunden, da seine übersichtlichen Zusammenstellungen eine gute Einführung in dieses Gebiet zu geben vermögen. Es sind bisher fast 8000 Stück des Flugblattes verteilt. Weiter: Stücke sind auf Erfordern beim Vorliegenden des Aus-

Heimweh

O Land, das mich so geliebt aufgenommen,
o Lebensausdauerter holder Fluß —
leum bin ich eurer Schwelle nah' gekommen,
Klingt schon mein Herz herb wie ein Schiedegrub.
Was soll dem Auge eure Schönheit kommen,
wenn die arme Seele ketteln muß?
Er ist so kalt, der heinde Sonnenchein,
ich möchte, ich, ich möchte in Heimat sein.
Die Schwaben ich' ich' über im süßen Flug
die höher — vor des meins nicht — umschweben!
O warme Luft, und doch nicht warm genug,
verfluchte Heimat, du bist tot!
Der Baum, der keine jungen Sprossen trägt,
was wird dem Fremdling er im Herbst geben?
Tiefen ein Kreuz und einen Totenschrein —
mich kriert, mich kriert! — Ich möchte in Heimat sein!
George Hermann.

Feuilleton

Vor dem Schicksal

In der Gasse neben ihr sah ich mich um. Arbeiter waren es: Mann und Frau. Beide jung. Sie eine hell und sauber gekleidete Blondine. Er dunkel, kräftig, wie muskulösen Körper trug er die Uniform eines Arbeitermanns. Sein Gesicht war nicht so schön wie das der Schwaben, aber es war ein Gesicht, das man nicht übersehen konnte. Er sprach nicht, aber seine Augen sahen mich an. Ich sah, daß er mich nicht nur als Fremden, sondern als einen Menschen ansah, der seine eigene Existenz zu verteidigen hatte. Ich sah, daß er mich nicht nur als einen Fremden, sondern als einen Menschen ansah, der seine eigene Existenz zu verteidigen hatte.

unaufrichtig, als existierten die Mitfahrenden gar nicht für sie. Ganz nahe hatten sie die Köpfe aneinandergerückt. Wenn der Wind in ihr blondes Haar fuhr, dann streiften ihr hellen Strahlen seine braune Wange. Über seine Finger, in denen nervöses Zittern sichtbar, fuhr über ihren weißen ärmellosen Unterarm. Dann dachte aus ihren halb noch mädchenhaften Augen warmes, blaues Leuchten. Aber in keinen schwarzen Wägen glomm ein Funkeln, das mehr war, als der Widerschein des Sonnenlichtes.

So lächeln sie von Haltestelle zu Haltestelle, aus der Grenze der Großstadt in das Herz des Häusermeeres hinein. Haupt an Haupt, Kinn an Kinn, Hand in Hand. Die Behauptung der Schwaben wurde umstürzt ihre Gestalten. Aber sie machte die stille Glückseligkeit des letzten Beisammenseins den beiden nicht herb und lächerlich. Eine Geldwolke von Unmigkeit und Jählichkeit umhüllte sie, machte sie taub und blind vor der Welt. Nicht die gelegentlichen Worte oder das leise quälende Nachdenken kostete meine Aufmerksamkeit, sondern dies zähe Sichaneinanderhängen der Köpfe, die auch nicht für eine Sekunde voneinander lösen. Ein junges Glück, in das der Krieg keine Branden geschlagen, fuhr da neben mir. Ein Glück, das so reich im Überfluß schwebte, daß es gar nicht merkte, wie seine Goldstrahlen auch in meinen Schatten

fielen. ...
Vor einem der Bahnsteige liegen sie aus. Sie: blond und weiß und sanftmütig. Er: schwarz und fest, mit letzten Gaben der Heimat überladen. So verließen sie den Straßenbahnwagen. Sie überschritten sie den großen, von Menschen und Wagen überfluteten Platz. Meine Augen aber hingen wie gebannt an ihnen und schienen ihnen nach, bis sie hinter und neben in der wachsenden Entfernung wurden und sie der Strom der Großstadt schließlich ganz verschlungen hatte.

Wesfür? Mehr als drei Jahre sind seit den weltgeschichtlichen Entscheidungen verfloßen, die den europäischen Frieden beendeten.

Drei Jahre Weltkrieg! Unzählige unsres Volkes sind dahin; in allen Ländern Europas bleichen Gebeine. Sie könnten leben und mit uns frohlich sein, wenn der Krieg nicht gekommen wäre. In Millionen Köpfen laucht die Frage auf: Wesfür das alles? Ihre Beantwortung ist schwer und nur unter heftigen Anklagen gegen die kapitalistische Weltordnung möglich. Eine prächtige Teilantwort auf die Frage „Wesfür?“ hat vor Jahr und Tag der vor einer Reihe von Monaten verstorbene Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung, uneres Kölner Parteiblattes, Emil Kaiser, gegeben:

Ihr fragt, wesfür wir uns geschlagen? — Nicht für euch, das könnt ihr euch selber sagen. Die ihr uns Licht und Freiheit genommen und uns elend liehelt im Dunkel verkommen. Die ihr wuchernd nur noch eure Habe zu mehren, indes die Untern in Not lüß zerschren.

Für euch haben wir uns nicht geschlagen. Ihr fragt, wesfür wir uns geschlagen? — Für den Baum, den mir leuchtend im Herzen traumt. Für das Deutschland der Zukunft, drin die Millionen glücklich auf eigenem Grunde wohnen, sich selber Recht und Gerecht geben. Jeder für sich, doch dem Ganzen leben! Da für haben wir uns geschlagen!

Die Gleitscher-Offensive. Auch die Gleitscher wollen in diesem Weltbrand nicht neutral bleiben und rüsten sich zu einem Angriff auf das friedliche Schweizergelände. Nach dem Prometheus kann Mitteleuropa wieder von einer neuen Eiszeit bedroht werden. Während bisher die Gleitscher im Rückzug waren, sind sie nun nach Feststellungen Professor Mercantons im Vordringen. Während 1913 noch 59 Prozent zurückgingen und 33 Prozent vorwärts drangen, ist heute das Verhältnis umgekehrt. Mit dem vergangenen strengen Winter hat diese Erscheinung nichts zu tun, alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Erscheinung weitergehen wird.

Die Frau im öffentlichen Dienste. Immer mehr werden Frauen nicht nur in das private Erwerbsleben, sondern auch zu Dienstleistungen für den Staat herangezogen. Mancher Posten, der früher nur von Männern mit Erfolg ausgefüllt wurde, wird heute von Frauen mit Erfolg ausgefüllt. Hohe Anforderungen an ihre Arbeitskraft stellt besonders der Postdienst auf der Eisenbahn. Beim Eintreffen der Personenzüge heißt es rasch und umsichtig auf dem Posten sein. Schwere Karren und Wagen, die hoch mit Paketen beladen sind, werden auf den Bahnsteigen rasch von einer Richtung zur andern gezerrt und geschoben. Vor den geöffneten Türen der Postwagen muß während des kurzen Aufenthalts der Züge sehr anstrengende Arbeit geleistet werden. Pakete und sonstige Postsendungen werden aus- und eingeladen, und wenn das „Fertig“ des Zugausgangsbeamten ertönt, dann muß auch die Post „erledigt“ sein. Das sind für die Frauen und Mädchen aufregende Minuten, aber sie zeigen sich ihrer Aufgabe gewachsen. Freilich kränktlich und schwach darf bei solcher Tätigkeit niemand sein, denn sie erfordert starke Persönlichkeiten. Auch soweit die Frau als Briefträgerin tätig ist, aber im Dienste der Eisenbahn beschäftigt wird, leistet sie, was nur irgend möglich ist. Eine genügende Entlohnung, die in jetziger Zeit natürlich so bemessen sein muß, daß sie als Ausgleich für die hohen Lebensmittel- und Kleiderpreise angesehen werden kann, muß darum vom Staat verlangt werden. Diese ist sowohl im Interesse der in Frage kommenden Mädchen und Frauen und ihrer Familien, als auch mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl erforderlich.

Fürsorge für uneheliche Schwangerer. Der Berliner Magistrat hat dem Vorschlage der Waisen-Deputation auf Erziehung einer städtischen Fürsorgestelle für unehelich Schwangere zugestimmt. Sie soll im Anschluß an das städtische Vormundschaftsamt arbeiten und pflegerische, rechtliche und ärztliche Beratung gewähren. Dieses Vorgehen sollte von den provinziellen Stadtverwaltungen schleunigst befolgt werden. Schuß jeder Mutter! Eine höhere Kulturforderung gibt es gar nicht.

Zum Schutze der Mieter. Nach der Betonung des Reichstags zum Schutze der Mieter können die Entzugsämter ermächtigt werden, auf Antrag eines Mieters über die Wirksamkeit einer Kündigung durch den Vermieter, über die Dauer der Fortsetzung des Mietverhältnisses und die Höhe des bei Fortsetzung zu zahlenden Mietzinses zu entscheiden. Andererseits kann der Vermieter, der bereits auf Grund der Kündigung anderweitig vermietet hat, im Falle der Aufhebung der Kündigung die Aufhebung des neuen Mietvertrages beim Mietvermittlungsamt beantragen. Die Aufgabe des Mietvermittlungsamtes nach dieser Verordnung ist auch dem städtischen Mietvermittlungsamt in Danzig, Pfefferstraße 33/35, übertragen worden. Alle Gesuche in Mietangelegenheiten sind vom 1. September an nicht mehr an die Kommandantur zu richten, sondern an das städtische Mietvermittlungsamt.

Verbotene Anrechnung der Renten auf Lohn oder Gehalt. Uns wird von maßgebender Seite geschrieben: Es ist hier bekannt geworden, daß einzelne Unternehmer die Versorgungsgeheimnisse Kriegsbefähigter, insbesondere die Renten, auf Lohn oder Gehalt in Anrechnung bringen. Ein solches Verfahren gefährdet die Kriegsbefähigten fürsorge in hohem Maße. Es beeinträchtigt die Arbeitslust, wirkt erbitternd und erschwert die Zurückführung Kriegsbefähigter in die wirtschaftliche Erwerbstätigkeit.

Von der Heeresverwaltung wird derartigen Maßnahmen, die Renten auf Lohn oder Gehalt anzurechnen, bereits seit Kriegsbeginn nachdrücklich entgegengesetzt.

Kriegsbefähigte Arbeiter und Angestellte sind unter allen Umständen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zu entlohnen.

Gesuche um Verwendung hinter der Front. Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht: Eine Verwendung hinter der Front kommt nur dann in Frage, wenn der Reklamierter Vater einer größeren Anzahl unerfahrener Kinder, mindestens fünf, ist, oder wenn es sich tatsächlich um den letzten lebenden Sohn zur Erhaltung des Familienstammes handelt, nachdem bereits schwere Blutopfer gebracht sind. In jedem Falle sind aber die militärischen Interessen in erster Linie maßgebend. Genaue und vollständige Angabe der militärischen Anschrift des Reklamierten und der Adresse des Antragstellers ist unbedingt erforderlich. In den Gesuchen müssen die Familienverhältnisse (wieviel Kinder vorhanden, oder wieviel Söhne und welche davon gefallen sind) glaubhaft sein und zwar in den Städten durch die Magistrate oder Polizeibehörden; auf dem Lande in Preußen durch die Landratsämter, in heiden Westfalen durch die Zivilvorsitzenden der Ersatzkommissionen. Um die Erledigung solcher Gesuche zu beschleunigen, was unter allen Umständen anzustreben ist, sind sie durch die vorgenannten Behörden oder durch die Antragssteller mit der behördlichen Beglaubigung unmittelbar an das stellvertretende General-Kommando XVII. Armeekorps einzureichen.

Der Urlaub der Soldaten. Der Reichstagsabgeordnete Gen. Landwehrmann hatte unlängst auf Grund an ihn gelangter Beschwerden an den Kriegsminister eine Anfrage gerichtet, welche die Berechtigung der Fronturlauben zur Benutzung von Schnellzügen, ferner die Anwendung der Urlaubsentlohnung als Disziplinarstrafe zum Gegenstand hatte. Hierauf ist ihm folgende Antwort zuteil geworden: Die Bestimmungen über die Benutzung von Schnellzügen durch bevollmächtigte Militärpersonen sind mit den Eisenbahn-Betriebsregeln vereinbar und in dem Erlaß vom 28. 12. 16 (V. B. Bl. Nr. 366) zusammengefaßt. Einschränkende Bestimmungen sind bisher ergangen noch beabsichtigt. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat im Gegenteil die Eisenbahndienststellen angewiesen, zur Benutzung der Militär-Urlauberschneellzüge auch solche Militärpersonen zuzulassen, deren Urlaubs- oder Fahrtscheine den Vermerk, daß Schnellzüge benutzt werden dürfen, nicht tragen.

Als Disziplinarstrafen dürfen Urlaubsbeschränkungen nicht bekannt werden.

Der Urlaub erteilende Vorgesetzte hat aber das Recht, den Zeitpunkt des Urlaubs festzusetzen, und wenn er es für notwendig erachtet ihn zu versetzen. Die Berechtigung, den Urlaub eines Mannes auszuschieben, wenn er infolge schlechter Führung und Bestrafung einer Beurlaubung zurzeit nicht würdig ist, kann daher dem Vorgesetzten nicht abgesprochen werden.

Einsetzung von Marine-Freiwilligen. Bei der 3. Abteilung der 1. Division in Wilhelmshaven werden noch mehrere dreijährig-

freiwillige Artillerie-Mechaniker (Kapitulanten) und Gefreite. Besuche sind u. a. g. h. an die 3. Abteilung II. Werkdivision zu richten. Dem Besuch sind beizufügen: 1. Nachweis über dreijährige Bezeit als Schlosser, Maschinenführer, Mechaniker, Elektriker oder Blechschmied; 2. Ein selbstgeschriebener Lebenslauf und Schulzeugnisse; 3. Mißschein zum drei- oder vierjährig-freiwilligen Eintritt, der vom Bittsteller der Ersatzkommission zu beschaffen ist, oder eine polizeilich beglaubigte Einwilligungserklärung des Vaters bezug, dessen Stellvertreter. Mindestalter 18 Jahre. Für die Einstellung als Artillerie-Mechaniker-Anwärter wird außerdem durch eine Prüfung nachzuweisende Fertigkeit im Rechnen, Zeichnen und Zeichnen verlangt. Die militärische Untersuchung wird später durch das zuständige Bezirkskommando veranlaßt.

Unsere Arbeiterfänger. tagen nun im Aktivistischen Gesellschaftshaus, Niedere Seigen. Letzten Sonntag war dort die erste Zusammenkunft, die so zahlreich besucht war, daß sie kaum im alten Heim hätte stattfinden können. Der Gesangsverein „Sängertrupp“ rüstet zum 25. jährigen Gedächtnisfeier der Gründung. Es ist zu begrüßen, daß die Arbeiterschaft jetzt regeren Anteil nimmt und auch der Damenchor wächst. Die Besangstunden finden statt: Gemischter Chor: Dienstag und Männerchor Mittwoch von 8 1/2 Uhr an.

Eröffnung von Dines Globus-Theater. Direktor Dine, der sich durch seine seit mehreren Jahren in Danzig veranstalteten Spezialitäten-Aufführungen einen guten Namen erworben hat, eröffnete seine diesjährige Winter-Spielzeit am Sonnabend, den 1. September im Bildungshaus. Das Programm bringt in reicher Abwechslung eine Reihe verschiedenster Varietés-Darbietungen. Gute akrobatische Arbeit leisten Geschwister Grigory mit ihren Antipoden-Spielen. Ein vielseitiger, wirkungsvoller Humorist ist Hans Wienert. Romeo und Julie folgten sich als ein Musikantenpaar, das auf den verschiedensten „Instrumenten“ sowohl musikalischen als auch humoristischen Erfolg erzielte. Den Schluß des noch eine Reihe weiterer guter Nummern umfassenden Programms bilden die reizenden Vorstellungen von Nature-Hellers Miniaturoperettentheaters. Der Besuch des neuen Unternehmens ist nur zu empfehlen, zumal das Lokal sehr günstig im Mittelpunkt der Stadt gelegen ist.

Im Wilhelm-Theater gastiert seit dem 1. September eine Operetten-Gesellschaft „Münchener Künstler“, die augenblicklich den musikalischen Schwanz „Der Regimentspapa“ zur Aufführung bringt. Das lustige Stück erzielte auch hier großen Erfolg. Am Sonnabend, den 8. September kommt die Operette „Das Glücksmädel“ auf den Spielplan.

Stadtmuseum. Ab Sonnabend den 1. September gelten für die Sammlungen des Stadtmuseums und des Provinzial-Kunstmuseums im Franziskanerkloster die für das Winterhalbjahr üblichen Öffnungszeiten, also Sonntags von 11-2 Uhr, werktags von 10-3 Uhr.

Ende der Sommer-Uhrzeit. Die durch Verordnung des Bundesrats vom 15. Februar 1917 im Deutschen Reich eingeführte Sommer-Uhrzeit wird am 17. September, vor mittags 3 Uhr, ihre Ende erreichen. An ihre Stelle wird wieder die mitteleuropäische Zeit treten. In dieser Stunde werden die öffentlichen Uhren um eine Stunde zurück wieder auf 2 Uhr gestellt. Am Vormittage des 17. September wird diese Stunde also doppelt erscheinen.

Hindenburg und die Wucherer.

Gelegentlich eines Besuchs des Dichters Max Bauer bei Hindenburg und Ludendorff brachte der Dichter auch das Gespräch auf die Wucherer im Lande, die jetzt und nach dem Kriege einen furchtbaren Gegensatz im Volke zu schaffen drohen: auf der einen Seite Helden, die alles im Felde dahingeben, und auf der anderen Seite Betrüger und Lumpen, die zu Hause alles an sich raffen! Ich wies darauf hin, so schreibt der Dichter, daß Christus selbst mit Stöcken diese Leute aus dem Tempel jagte, und so müßten sie auch beiseiten, ehe sie eine neue gesellschaftliche Mammon-Kasse bilden, aus dem Tempel des Vaterlandes gejagt werden. Es fielen so viele Ehle im Felde, daß auch ein paar Duzend dieser gemeinen Egoisten in Deutschland erschossen werden könnten, die den Schwung des Krieges wirtschaftlich gefährdeten und eine tiefe soziale Verbitterung in das opferfrohe Volk brachten. Ich bitte zu Gott, daß die Antwort, die der Feldmarschall darauf gab, erlösend und befreiend ins Volk dringe! Er sagte mit einem tiefen Gottes-Ernt, mit einem religiösen Ingrimm: „Lieber Herr Bauer, die Wucherer sind keine Kugel wert, man müßte sie hängen.“

Schwarze Liste für Kriegswucherer. Eine „Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen“ will eine Liste von Personen anlegen, die aus der Not dieser Kriegszeit einen unangemessen hohen Gewinn ziehen. Sie hebt hervor, daß die Liste über den Krieg hinaus ihren Wert behalten soll, und sagt: „Die Wucherer sollen doch ja nicht glauben, daß, wenn erst einmal der Friede wieder hergestellt ist, man ihr Verbrechen mit dem Mantel der Nächstenliebe zudecken wird und sie ungehindert den dem Volke abgepreßten Wuchergewinn genießen können. Mit Fingern muß man im Frieden auf sie deuten als den inneren Feind, der sich nicht gescheut hat, in den schwersten Zeiten, die je das deutsche Volk heimgesucht haben, den Volksgenossen heimtückisch in den Rücken zu fallen.“ Es ist allerdings sehr zu wünschen, daß Kriegswucherer ein lange vorhaltendes Brandmal ihrer Schande aufgedrückt wird. Aber die Zentralstelle wird sich vor Mißgriffen hüten müssen, wie sie bei schwarzen Listen nur zu oft vorgekommen sind.

Butter und Milch

Einflussreiche Kreise sind seit einiger Zeit fleißig an der Arbeit, dem Volke das bische Butter und Milch noch weiter zu verteuern. Dadurch soll, wie man uns sagt, mehr Butter und Milch in die Städte kommen. Mit dieser sehr ansehnlichen Behauptung kann man fast jede Preissteigerung begründen. Wie oft haben wir sie nicht schon gehört und auf das entschieden bekämpft. Und immer und immer wieder hören wir diese geistlose Schwägerlei, die den Verbrauchern leider schon sehr viel Geld gekostet hat. Wo alle guten Gründe für

die Erhöhung von Preisen stehen, da stellt sich mit mehrmaliger Sicherheit dieser Scheingrund ein. Bei früheren Gelegenheiten ließ es sich nämlich bei Milchpreiserhöhungen, daß dieser Preis in keinem richtigen Verhältnis stehe zum Butterpreis. Der Preis für Milch wurde entsprechend erhöht. Wenn wir uns nicht sehr irren, so bestehen die jetzigen Preise für Milch und Butter seit etwa einem Jahre. Daß ihre Erhöhung notwendig sein soll, können wir nicht einsehen. Eine gerechte Preispolitik nimmt nur dann eine Erhöhung vor, wenn die wirklichen Produktionskosten teurer geworden sind oder es mit Sicherheit zu werden versprochen. Daß diese sich wesentlich gesteigert haben sollten, können wir nicht anerkennen. Das Rindvieh ist nicht teurer, sondern etwas billiger geworden. Arbeiterlöhne sind auch nicht erhöht worden. Wo dem Besitzer die Löhne freier Arbeiter zu hoch erscheinen, läßt er diese festsetzen und nimmt sich russische Gefangene, was insbesondere in der Danziger-Niederung wiederholt vorgekommen ist. Wir können also beim besten Willen keinen plausiblen Grund für die Verteuerung der wichtigen Nahrungsmittel finden. Oder sollten gar die teuren Futtermittel dafür angeführt werden? Wenn ja, so wäre das insofern ein doppelt gutes Geschäft für solche Besitzer, die ihre Futtermittel selber erzeugen und die sind wirklich nicht zu knapp.

Die geplante Erhöhung der Preise für Milch und Butter hat also absolut keine Berechtigung und muß daher auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.

Milchverfälschung. Der Landwirt Johann Fischer in Bürgerwiesen wurde vom Schöffengericht wegen Milchverfälschung zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er legte gegen das Urteil Berufung ein und wollte von der ganzen Sache nichts bemerkt haben. Nicht einmal von der Entnahme der Milchprobe wollte er etwas wissen. Schuhmann Mittel befandete aber, daß er von dem Angeklagten zweimal von seinem Wagen Milchproben entnommen hatte und den Angeklagten noch besonders darauf aufmerksam machte. Nach dem Gutachten des Sachverständigen enthielten die Milchproben, die zum Verkauf bestimmt waren, nur 2,3 Prozent und die Milch aus dem Stalle von der Kuh 4 Prozent Fett, 4,3 Prozent des Fettgehalts waren der Milch durch Entrahmen entzogen. Die entrahmte Milch wurde in Danzig als teure Vollmilch verkauft und aus dem Rahm wurde die teure Butter gemacht. Das Geschäft wurde so schon lange betrieben, denn die Kunden hatten sich bei der Polizei über die schlechte Milch beschwert. Seit 26 Jahren wird die Milch nach Danzig geliefert. Der Angeklagte hat 10 Milchkuhe. Das Milchverfälschungsgeschäft war also sehr einträglich. Das Urteil des Gerichts ging dahin, daß die Milch entrahmt war. Es sei aber nicht erwiesen, ob die Töchter des Angeklagten die Fälschung mit seinem Wissen betrieben hätten, wenn dies auch sehr wahrscheinlich sei. Er als Abnehmer der Milch mußte sich aber von der Beschaffenheit überzeugen. Er habe also fahrlässig gehandelt. Die Milchverfälschung habe in Bürgerwiesen wie eine Seuche um sich gegriffen. Deshalb wird das Urteil des Schöffengerichts dahin geändert, daß der Angeklagte nur zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt wird. 26 Jahre lang die Milch von 10 Milchkuhen liefern und 4,3 Prozent des Fettgehalts abrahmen und zu Butter zu machen und dennoch den vollen Vollmilchpreis nehmen, das bringt einen unrechtmäßigen Gewinn von vielen tausend Mark. Da kann man schon mit geschäftlich leichtem Herzen eine Geldstrafe von 300 Mark auf sich nehmen. Diese Strafe ist nun noch auf 50 Mark herabgesetzt worden! Mit solchen Strafen freilich wird man den Kriegswucherer nicht beseitigen oder auch nur vermindern. Sie stellen vielmehr „Anreizpreise“ für den Kriegswucherer dar.

Wo bleibt der Käse?

Wegen Kriegswuchers und Kettenhandels verhandelt am Mittwoch die Elbinger Ferienkammer als Berufungsinstanz gegen den Käsebesitzer Ernst Großenbacher aus Wengelwalde (Kreis Marienburg). Er hat fortgesetzt den Höchstpreis für Käse überschritten. Der Kleinhandelspreis betrug 1,10 Mark für das Pfund; G. nahm 1,40, 1,65, 1,89 bis 1,68 und sogar 1,80 Mark. Das Abgabegeld des G. erstreckte sich nach allen Richtungen der Windrose, auch beschäftigte er Agenten. G. verkaufte Käse in Mengen zu 220, 672, 688, 274 Pfund, im ganzen 45 Zentner (Köln). Der unrechtmäßige Gewinn betrug ungefähr 2000 Mark. Das Schöffengericht Marienburg hat ihn am 4. Juli zu einer Woche Gefängnis und 3600 Mark Geldstrafe verurteilt, gegen welches Urteil G. Berufung einlegte. Das Elbinger Berufungsgericht änderte das Urteil des Vorderrichters — G. ist bisher noch unbestraft — insofern ab, als es die Gefängnisstrafe aufhob, die Geldstrafe von 3600 Mark aber bestehen ließ. Ferner sah das Gericht einen Kettenhandel bei G. als nicht erwiesen an.

Obst und Gemüse

Die einseitige Festsetzung der Höchstpreise für Gemüse und Obst seitens des Landrats von Muenster, dem der Stadtverordnete Kawalki assistierte, hat nun auch die Reichsstelle mobil gemacht. Nicht allein die Bevölkerung war empört über die außerordentlich hohen Preise für Gemüse, sondern auch die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat. Letzterer hat eine Beschwerde an die Reichsstelle für Gemüse und Obst, Berlin, gerichtet, die nun auch von Erfolg gekrönt war. Die Reichsstelle entsandte einen Beamten nach Danzig, der die Verhältnisse prüfte. Der Herr soll manamand den Kopf geschüttelt haben. Die Preisfestsetzung hatte tatsächlich keine ordnungsmäßig zusammengesetzte Kommission bewirkt. Die Bevölkerung hatte also die ganz horrenden Preise zahlen müssen auf Grund eigenmächtigen Verhaltens der Leiter der Provinzialstelle für Gemüse und Obst für Westpreußen. Diese wurde nun durch die Reichsstelle gezwungen, vorläufig einige Preise herabzusetzen, so für Bohnen auf 40, Puffbohnen 25, Kohl 25, Tomaten 55 Pf. Es dürfte einzig dastehen, daß eine Provinzialstelle Anweisung zur Herabsetzung der Preise erhalten mußte. Am 6. September sollte dann die Prüfung und Festsetzung der Höchstpreise für Gemüse und Obst durch den ordnungsgemäß einberufenen Ausschuss erfolgen.

Eigenbau von Gemüsesamen. Die Deckung des Bedarfes von Gemüsesamen stößt während des Krieges auf Schwierigkeiten. Die Witterung der Kriegsjahre war dem Gemüsebau ungünstig; außerdem ist der Bedarf erheblich gestiegen. Um einem Mangel an Samen für das nächste Jahr vorzubeugen, sollte jeder Landwirt und Gartenbesitzer bestrebt

Der Verteidigungskrieg Deutschlands

Genosse Treustra, der Führer der baltischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, hat sich bei der jüngsten Konferenz der Arbeiterpartei in Stockholm geäußert. Er will die Frage, inwieweit imperialistische Ziele Deutschlands oder der Entente den Ausbruch des Krieges verschuldet haben, nicht offen lassen. Aber seit Dezember vorigen Jahres sei es ganz zweifellos, daß Deutschland keine Kriegsziele mehr aufstelle, deren Erfüllung auf dem Boden der heutigen Situation durch eine Verständigung unmöglich wäre. Von irgendwelchen Gebietsveränderungen, die nicht durch Verhandlung, sondern nur durch Gewalt möglich wären, sei auch bei der deutschen Regierung keine Spur mehr zu finden. Gerade umgekehrt ist die Frage bei der Entente, fährt Treustra fort. Die Abmung der von Deutschland bestrittenen Gebiete, die Entente von Deutschland erreichen, auch wenn sie heute Frieden schließt. Aber sie wolle in Europa und in noch größerem Maße in Asien die politische Unterdrückung und die wirtschaftliche Ausbeutung der Völker durch die imperialistischen Mächte und ihren Einfluß und ihren eigenen Wirtschaftsbereich zu vergrößern. Wenn es jetzt wahr wäre, wie die Entente behauptet, daß sie sich bei Kriegsausbruch in der Abwehr befinden habe, so ist es jetzt jedenfalls gerade umgekehrt. In diesem augenblicklichen Stadium des Krieges verfolgt die Entente absolut aggressive imperialistische Eroberungsziele, während Deutschland einen reinen Verteidigungskrieg führt.

Treustra hat zu Beginn des Krieges nicht anerkannt, daß Deutschland sich lediglich in der Verteidigung befindet. Jetzt unterliegt er dieser Auffassung mit seiner ganzen Autorität. Diese Unterwerfung ist besonders wichtig, um die ganze Lächerlichkeit derjenigen zu demonstrieren, die 1914 die Kriegsgerechtheit bewilligt haben, als man über den Verteidigungscharakter des Krieges streiten konnte, und sie heute verweigern, obwohl nicht nur alle Deutschen, sondern auch alle christlichen Neutralen den reinen Verteidigungscharakter eines gegenwärtigen Kampfes anerkennen müssen.

Die Entstehung des Krieges

Kopenhagen, 3. September. In den Enthüllungen im Suchomlinowprozeß schreibt „Politiken“ u. a.: Das Bild, das die Geschichte bereits von Zar Nikolaus zeichnet, wird durch die Aussagen weiter vertieft: ein schwacher, unentschlossener, leicht zu beeinflussender Mann. Ein großes Mißverhältnis bestand zwischen der äußeren Macht des Selbstherrschers und seinem wirklichen Willen und Einfluß. Wäre der Krieg aber vermieden worden, wenn Suchomlinow nicht gelogen hätte, wenn er und seine beiden Bestimmungsgenossen sich nicht einig geworden wären, gegen den Befehl des Zaren zu handeln? Waren es Suchomlinow, Sazanow und Samufskewitsch, die in zehn Minuten das Schicksal Europas entschieden? Niemand kann bestreiten, daß diese Möglichkeit besteht und trotzdem, wenn man die vielen Weißbücher durchblättert, ist der Charakter der Führer, es waren weniger einzelne Männer, als des System und die sich beständig verschärfende handelspolitische Spannung, die das große Schwungrad in Bewegung setzten, so daß niemand es anzuhalten vermochte. Aber eines ist der Suchomlinowprozeß auf jeden Fall: nämlich, daß es in dem alten Rußland einen Kreis von Fanatikern gab, die den Krieg wollten.

Jawohl, der imperialistische Heißhunger des Großkapitals führte zum Weltkrieg. Diese Erkenntnis zeigt auch die sozialistischen Wurzeln der Friedenssicherung.

Italienische Glocken läuten

Die Note des Papstes hat in Italien, wie von der italienischen Presse gemeldet wird, ganz einzigartige und wohl kaum von den Regierenden in Rom erwartete Wirkungen auf das Volk gehabt. Die große Menge auf dem Lande feierte die päpstliche Kundgebung. Man hat die Priester gezwungen, die Glocken zum endlich erreichten Frieden läuten zu lassen. Wo sich die Priester weigerten oder dem Volk auseinanderzusetzen verweigerten, daß der Schritt des Papstes noch nicht das wirkliche Ende des Krieges bedeute, da gab es bössartige Konflikte mit Geistlichen, Bürgermeistern und Ortschulzen. Die Glocken wurden geklingelt, die Fahnen herausgehängt; die Priester wurden wohl oder übel in zahlreichen Fällen Dombegnadigungen, Tadeln, Prozessionen und Wallfahrten veranlaßt. Die Gottesdienste wurden vielfach unterbrochen.

„Die Menge ist von einem wahren Friedenstaumel erfüllt.“ erzählt mir ein aus der Gegend von Florenz und Bologna kommender Geschäftsmann an der Hand von Zeitungsausschnitten und brieflichen Mitteilungen. Deputierte und Politiker reisen im Auftrag der Regierung von Ort zu Ort, um beruhigend und aufklärend auf das Volk zu wirken.

Deutschland

Preussisches Wahlrecht

Berlin, 29. August. („Post.“) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der preussische Landtag am 9. Oktober keine Arbeiten wieder aufnehmen. Man nimmt als sicher an, daß ihm die Wahlreform-Vorlage sofort unterbreitet werden wird. Ob damit eine Vorlage über eine Neueinteilung der Wahlkreise und eine Reform des Herrenhauses verbunden sein wird, steht noch dahin. — Der Haushaltsplan für 1918 wird dem Landtag im Oktober noch nicht vorgelegt, sondern frühestens erst im November. — Das Herrenhaus hat seine Beratungen erst im Dezember aufnehmen.

Sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag in Sachsen

Nach dem „Berliner Tageblatt“ brachte die sozialdemokratische Fraktion bei der zweiten sächsischen Kammer eine Interpellation ein, in der die Regierung gefragt wird, ob sie nach preussischem Beispiel ein solches Wahlrecht in Sachsen einzuführen gedenkt.

Ein sozialpolitischer Fragebogen

Zum Fall Groener
Wie der Abg. Scheidemann gestern im „Vorwärts“ schrieb, hat General Groener als Leiter des Kriegsamtes, schreibt das „Berl.“, nie ein Hehl aus seiner Heberzeugung gemacht, daß eine Verbesserung des Hilfsdienstgesetzes zumgunsten der Arbeiter nur erfolgen könne, wenn damit zugleich eine Regulierung der Löhne und der Unternehmergewinne erfolge. Wir sind in der Lage, diese Mitteilung insofern zu bestätigen, als wir einen mit Groeners Namen verbundenen Fragebogen besitzen, der nicht wenig die Gegnerschaft der Gewerkschaften gegen General Groener veranschaulicht haben mag. Dieser Fragebogen, der einen ausgesprochen sozialpolitischen Charakter hat, enthält 25 Fragen: Unter anderem werden die Arbeiter da nach befragt:
Wie viel Stunden arbeiten Sie täglich?
Arbeiten Sie im Akkord oder Stundenlohn?
Haben Sie Interesse an Ihrer Arbeit, und gedenken Sie, nach dem Kriege in der Fabrik zu bleiben?
Wie denken Sie über Ihre Zukunft, insbesondere über Ihre Beschäftigung nach dem Kriege?
Hat sich Ihre Lebenshaltung infolge erhöhten Einkommens verbessert?

Sind in Ihrem Betriebe Nachrichten über die Lage der Arbeiter in Ihrer Fabrik verbreitet? Welche Vorschläge hätten Sie in dieser Richtung zu machen?
Sind Sie für kürzere Arbeitszeiten und warum?
Glauben Sie, in kürzerer Zeit denselben Lohn verdienen zu können, und welche Arbeitszeit würden Sie vorschlagen?
Können Sie Vorschläge machen, wie es zu ermöglichen wäre, bei kürzerer Arbeitszeit dieselbe Quantität Arbeit zu leisten?
In einem besonderen Hinweis wird es den Arbeitern in dem Fragebogen zur Ehrenpflicht gemacht, ihn zu beantworten. Die Antwort, die die Arbeiter in der Rüstungsindustrie Herrn Groener auf diese Fragen gegeben haben, ist keine Befriedigung gewesen.

Alldeutsche Drohung mit dem Streik des Portemonnaies

Wir werden auf ein Seitenstück zu der nach unversessenen Drohung der „Tägl. Rundschau“ aufmerksam gemacht. Auf dem 11. Verbandstag des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Provinz Westfalen zu Münster am 11. Juli sprach der stellvertretende Verbandsvorsitzende, Dekonomierat Quabed, und zwar führte er nach der Zellschrift des Verbandes aus:
„Die durch uns vertretene Bevölkerung und Genossenschaften haben die Anleihen gezeichnet in der festen Erwartung eines späteren guten deutschen Friedens und ihre starke Beteiligung an den Anleihen ist nichts anderes als der laute Ausdruck des festen Glaubens, daß dem deutschen Volke für alle Mühen, Sorgen und unermesslichen Opfer auch später ein entsprechendes Entgelt zuteil wird. Mit der Aussicht auf einen Scheidemannfrieden oder einen Frieden nach dem Herzen des „Berliner Tageblatts“, einen Frieden nach dem Herzen der roten oder der goldenen Internationale hätten wir bei der Verbeachtung unserer Kreise nicht kommen dürfen.“
Diese Worte werden in der Zellschrift des Verbandes durch Sperreindruck hervorgehoben. Der Herr Dekonomierat hat sich zwar sehr vorsichtig ausgedrückt, trotzdem ist die Drohung, die sich hinter seinen Worten versteckt, offensichtlich, wenn die Regierung sich auf den Boden eines Verständigungsfriedens stellt, so werden die durch Herrn Quabed vertretenen landwirtschaftlichen Kreise keine Kriegsanleihe mehr zeichnen. Wir wissen nicht, wie groß die Kreise sind, in deren Namen Herr Quabed wirklich sprechen durfte, wie bezweifeln, daß diese alldeutsche Taktik wirklich Boden in der Bevölkerung hat. Aber für die Alldeutschen ist sie nicht desto weniger charakteristisch. Sie wollen nur patriotisch sein, wenn der Frieden nach ihren Wünschen abgeschlossen wird. Andernfalls erfüllt ihr Interesse an der Kriegsanleihezeichnung. (B. 238.)

Alldeutscher Militärstreik

Professor Koethe, in Friedenszeiten bekannter Festredner im Verein deutscher Studenten, schreibt dem „Berliner Lokal-Anz.“ aus dem Felde:
„Als nun neulich — wir waren gerade auf einem längeren Marsch — die ersten Nachrichten von der inneren Krise zu uns drangen, da kam es so wie Beschämung über uns, ja, wir meinten, daß uns die dahinein in den Rücken stießen. Alles war zunächst ganz verflört, einer suchte beim andern Trost, dann aber packte uns ein namenloses Wut gegen jene Krisenpolitiker, und wir wünschten sie mal 24 Stunden in unsere Stellung im Lensbogen oder am Chemin-des-Dames. Ich persönlich war außer mir, und es gab Stunden, wo ich mir sagte: Wenn unsere Politiker so zu Hause sich tummeln — zur Freude unserer Feinde — dann mag mein Weg alles kaputt gehen, für ein so neuorientiertes Deutschland schlage ich mich nicht mehr.“
Glücklicherweise kam alsbald die bekannte Professorenklärung gegen den Beschluß des Reichstags, die „wie Balsam wirkte“, und so hob der alldeutsche Professor den innerlich bereits beschlossenen Militärstreik wieder auf. Wertwürdige Patrioten, das! Einmal geben sie zu verstehen, sie würden keine Kriegsanleihe zeichnen, wenn nicht alles nach ihrem Willen ginge, das nächstemal spielen sie mit dem Gedanken der militärischen Dienstverweigerung. Wo ist da noch der Unterschied zwischen einem Alldeutschen und einem Bolschewitz? Ja, ja, die Extreme berühren sich! (B. 240.)

Heranführung der Pfändungsgrenze

Auf eine Anfrage der Abgg. Davidsohn und Schmidt (Soz.) antwortete der neue Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. v. Krause: Es ist nicht zu verkennen, daß seit dem Erlaß der Bundesratsverordnung vom 17. Mai 1915, durch welche die Grenze der Pfändbarkeit von Lohn, Gehalt und ähnlichen Ansprüchen auf 2000 Mark erhöht worden ist, eine weitere Verfeinerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse eingetreten ist und daß diese Tatsache den Gedanken einer nochmaligen Heranführung der Pfändungsgrenze nahelegt. Die Prüfung der hiermit in Betracht kommenden Umstände hat indessen nicht einseitig unter dem Gesichtspunkt des Schuldnerschutzes zu erfolgen, sondern muß auch dem Interesse der Gläubiger, namentlich der kleinen Gewerbetreibenden und der Hausbesitzer, die in der gegenwärtigen Zeit wirtschaftlich oft schutzbedürftiger sind als die Schuldner, ernste Beachtung zuteil werden lassen. Die Erwägungen darüber, ob und in welcher Weise durch gesetzliche Maßnahmen ein Ausgleich der Interessen möglich ist, sind im Gange.

Rußland

Wiktor Adler gegen die Verleumdung der Bolschewiki

In dem Hochverratsprozeß gegen Lenin und Genossen stellt die Anklageschrift die Behauptung auf, Lenin und Zittow seien im Oktober 1914 in Oesterreich verhaftet, aber auf direkten Befehl des Grafen Stürgkh befreit worden, worauf sie nach der Schweiz reisten und von dort aus für Rußlands Niederlage wirkten. Vermittler zwischen ihnen und der österreichischen Regierung sei Hanack gewesen, der zweifellos seit langem österreichischer Agent sei. Daraufhin hat Dr. Wiktor Adler am 19. August auf Anfrage an die Stockholmer „Prawda“ geantwortet:
„Frau Mianoff (Mianoff ist der wirkliche Name Lenins) ersuchte 14. August 1914 meine Intervention telegraphisch und brieflich, weil ihr Mann wegen Spionageverdacht verhaftet und Militärgericht übergeben. Sie fürchtete längere Untersuchungsfrist, ich fürchtete viel mehr, etwaige Heberzeugung und summarisches Verfahren. Ginge zum Minister des Innern Baron Reinold, erklärte ihm Absurdität des Verdachts und erbat sein Eingreifen auf kürzestem Wege, um genaue Untersuchung zu erwirken. Ueberzeugte ihn, daß aller Kämpfer gegen den Zarismus unermüdet jählicher Spion sein könne. Minister telephonierte sogleich Staatspolizei Krakau, wo Lenin lange wohnte. Dort wurde meine Kennzeichnung politischer Stellungnahme Lenins offenbar bestätigt. Verhaftung als lächerlicher Mißgriff eines Gendarmen sofort erkannt, Lenin sofort entlassen. Intervention bei Stürgkh mir unbekannt, höchst unwahrscheinlich und absolut überflüssig. Eingehend haben Genossen Abgeordneter Diamand und Marek zur Aufklärung beigetragen. Ausführlicher Brief folgt. Dr. Wiktor Adler.“

Mit dieser offenen und ehrlichen Erklärung des österreichischen Parteiführers vergleiche man die erschreckende Brutalität der „unabhängigen“ „Leipziger Volkszeitg.“. Genosse Parous hat ihr die heimtückische Denunziation, daß er doch als deutscher Agent bestochen habe, mit aller Deutlichkeit gegen „Lumpen und Trottel“ abgetraut. Trotzdem bleibt das verhärtet friedensfeindliche Blatt bei der infamen Unterstellung „aus politischer Sauberkeit und Ehrlichkeit“.

Nach der Moskauer Nationalkonferenz

Die große Tagung in Moskau ist vorüber. Wenn man dem offiziellen Petersburger Draht glauben darf, so sprechen sich bürgerliche wie sozialistische Blätter sehr beschiedigt über

den Verlauf aus. Aber laßt au, den kurzen Übermühen der Stimmen über man doch ganz andere Unterläufe. Die Konferenz erstrebte die Einigung zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Elementen der Revolution, wobei allerdings die extremen Sozialisten von vornherein ausgeschlossen waren. Aber auch in diesem engeren Rahmen scheint die Einigung nicht geglättet zu sein. Die bürgerlichen Blätter sprechen sich gerade über diesen Punkt sehr skeptisch aus, und das Blatt des Arbeiter- und Soldatenrates „Iswestija“ fordert seine Anhänger auf, sich erst nach dem Resultat der Konferenz zu entscheiden.

Die Konferenz hat zu dem bestehenden einen neuen Zwiespalt aufgedeckt, den Zwiespalt zwischen den beiden zurzeit mächtigsten Männern Rußlands, dem Inhaber der zivilen Gewalt Kerenski und dem militärischen Diktator Kornilow. Kerenski ist dem Bürgertum offenbar unsympathisch, weil er auf die Mitarbeit der Sozialisten nicht verzichten will und, soweit es die Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Macht Rußlands gestatten, doch auch das demokratische Programm der Revolution nicht aus den Augen verliert. Gestützt wird die russische Bourgeoisie in ihrem Widerstreit gegen Kerenski offenbar von der verbündeten englischen Plutokratie. Es fiel auf, daß die „Times“ Kerenski große Rede sofort als matt und wirkungslos verurteilte. Eine so herbe Kritik hätte man dem Verbündeten gegenüber wohl schon aus Höflichkeitsgründen unterlassen, wenn eben nicht System in der Sache gelegen hätte. Der Mann des imperialistischen Bürgerturns ist Kornilow, der rücksichtslose Reformator der Armee, der weit weniger als der Politiker Kerenski mit demokratischen und sozialistischen Ideengängen behaftet ist. Auf die Fortentwicklung des Verhältnisses zwischen Kerenski und Kornilow darf man gespannt sein.

Kerenski gegen die Arbeiter

Jülich, 4. September. („Voss. Ztg.“) „Welt Journal“ meldet aus Petersburg: Die bisherigen Privilegien des Arbeiter- und Soldatenrates wurden jedoch durch einen Erlaß der provisorischen Regierung aufgehoben. Damit erlischt die Immunität der Delegierten. Auch werden ihre Nebenämter wieder den allgemeinen Staatsgesetzen unterliegen.

Kerenski gegen Finnland

Karlruhe, 1. September. („Kriegszeitung.“) „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: In Helsingfors sind über 500 politische Verhaftungen auf Befehl Kerenskis erfolgt. Unter den Verhafteten befindet sich auch der zweite Präsident des aufgelösten finnischen Landtages.

Kriegswirtschaft

Die Kartoffelration

In einer Zuschrift an eine Braunschweiger Tageszeitung tritt ein hannoverscher Landwirt dafür ein, die Kartoffelration vom 1. Oktober an auf 1 1/2 Pfund pro Kopf und Tag zu erhöhen. Er setzt dabei auseinander, daß die Ernte eine Erhöhung der Ration erlaubt und begründet diese Ansicht mit folgenden Berechnungen:
„Bei einer nicht zu hoch gegriffenen Anbaufläche von drei Millionen Hektar und einem ebenfalls in diesem Jahre sicher nicht zu hohen Durchschnittsertrag von 240 Zentnern für den Hektar ergibt sich eine Gesamtartoffelernte von 700 bis 800 Millionen Zentnern. Davon sind bei einem täglichen Satz von 1 1/2 Pfund für den Kopf etwa 360 Millionen Zentner für die menschliche Ernährung, 100 Millionen Zentner als Saatartoffeln zu verwenden. Es bleibt dann immer noch ein Rest von mindestens 250 Millionen Zentnern, aus dem neben den Verlusten der vielleicht notwendigen Export gedeckt werden und der Rest den Erzeugern zu freier Verfügung gestellt werden kann.“

Der Landwirt rechnet also noch mit einem großen Ueberschuß zur freien Verwendung der Erzeuger. Ist dieser Ueberschuß vorhanden, so steht selbsterständlich nichts im Wege, daß er im Interesse der Viehhaltung benutzt wird. Der Landwirt sagt, daß bei den heutigen Futtermittelpreisen die Viehhaltung langsam, aber sicher dem Ruin entgegengehe. Die Landwirtschaft müsse daher verlangen, daß ihr die Möglichkeit nicht ganz genommen wird, für die Ernährung des Volkes mit Fleisch und Fett zu sorgen, und diese Möglichkeit bietet nach Ansicht des Landwirtes die große Kartoffelernte.

Die Berichte aus allen Teilen des Reiches lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß wir in der Tat mit einer guten Kartoffelernte rechnen können. Dann ist es aber auch unbedingt erforderlich, die Ration auf mindestens 10 Pfund pro Woche zu erhöhen, und wo es irgend angeht, die Kartoffeln recht bald zum Einkellern zur Verfügung zu bringen. Eine ausreichende Versorgung ist das sicherste Mittel gegen den Schleichhandel und das Hamstern. Sie gewährt aber auch — und da schließen wir uns den Darlegungen des hannoverschen Landwirtes vollständig an — einen zeitigen Ueberschuß, ob in den nächsten Wintermonaten Kartoffeln zur Schweinemast zur Verfügung stehen, oder ob der Viehbestand weiter erheblich verringert werden muß.

Seit einigen Tagen tagt der Ernährungsbeirat in Berlin. Ist es erlaubt zu fragen, was bei seinen Erörterungen herausgekommen ist? Ob Kartoffelpreis und Kartoffelmengen von ihnen berührt worden sind?

Begrenzung der Kriegswuchergewinne

In der Deutschen Juristenzeitung tritt Prof. Dr. v. Blume (Tübingen) dafür ein, einen Gesetzentwurf zu schaffen, der den Zweck hat, denjenigen Leuten, die gemein und gewissenlos genug sind, die furchtbare Notlage des Krieges dazu auszunützen, sich in schamlosester Weise auf Kosten der anderen zu bereichern, den so erzielten Wuchergewinn einfach wegzunehmen. Der hauptsächlichste Paragraph in dem Gesetzentwurf — den Dr. v. Blume vorschlägt — lautet wie folgt:

„Wer sich einen übermäßigen Gewinn verschafft hat, indem er einen Vertrag über die Lieferung von Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere von Nahrungs- und Futtermitteln, Holz- und Baumstoffen, oder von Gegenständen des Kriegsgedarfs vorbereitet, vermittelt oder abschloß, und dabei die durch den Krieg verursachte Lage von Staat und Volk gewinnbringend ausnützte, hat den Gewinn, soweit er übermäßig ist, als ungerechtfertigte Bereicherung an den Reichsfiiskus herauszugeben.“

Der Verfasser sagt hierzu in seiner Begründung: „Zu den überflüssigen Folgeerscheinungen des Krieges gehört der „Kriegswucher“. Ueberaus mannigfaltig sind die Erscheinungsformen des Wuchers — das Ergebnis ist immer das gleiche: der Triumph der gemeinen Gesinnung. Eben darin liegt das eigentliche Verberbliche dieser Erscheinung. Welch eine Anhäufung von Ingrimm und Verbitterung muß bei denen entstehen, die tagaus, tagein unter der Not des Krieges leiden und hilflos ansehen müssen, wie andere aus ihrer Not Vorteil ziehen. Wie muß das Rechtsbewußtsein erschüttert werden, wenn alle Verordnungen nichts heißen, sondern übertreten werden, weil der Gewinn die Gefahr weit übersteigt!“

Hierzu eine Denzige.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl. u. Co. Danzig.
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Es ist empfehlenswert

unter heutigen Umständen jetzt schon an die Beschaffung seiner **Herbst- und Winterkleidung** zu denken. Mein Lager

Winter-Wäster * Paletots * Loden-Joppen

ist ausserordentlich gross und findet jeder noch das Gewünschte in bester Auswahl.

Maß-Abteilung: Steht unter Leitung eines bewährten Zuschneiders. Ich führe die neuesten Stoffe zu entsprechend mässigen Preisen. Für tadellosen Sitz eines **jeden Kleidungsstückes** übernehme volle Garantie.

Telefon 2121

J. Rosenbaum

Breitgasse 128/29

204

Bekanntmachung über Schrotmühlen.

B. Nr. 4092.

Auf Ersuchen des Kriegsministeriums (Kriegsamt) vom 8. 8. 17 Nr. 2157/7. 17. b 6 Ref. II b wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Bereich des XVII. Armeekorps einschließlich der Festungen auf Grund der §§ 4 und 9 b des Gesetzes vom 4. 6. 1851 sowie des Gesetzes vom 11. 12. 1915 folgende Verordnung über Schrotmühlen erlassen:

§ 1.

Als Schrotmühle im Sinne dieser Verordnung gilt jede nicht gewerblich betriebene Mühle und sonstige Vorrichtung, die zur Herstellung von Schrot oder Brotmehl geeignet ist, mag sie für Hand- oder Kraftbetrieb eingerichtet, bewacht oder fest eingebaut sein.

§ 2.

Die Benutzung von Schrotmühlen zur Zerkleinerung von Getreide zu Speise- oder Futtermitteln ist unterlagt.

Falls die Herstellung wirtschaftlich notwendigen Futtermittels in einer gewerblich betriebenen Mühle für den Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebes mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, kann die Ortspolizeibehörde für bestimmte Mengen von Getreide, die der Unternehmer zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehs verwenden darf, die Verarbeitung mittels Schrotmühle gestatten.

Die polizeiliche Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn die vom Kommunalverband auf Grund des § 63 der Reichsgetreideverordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (RGBl. S. 507) erlassenen Anordnungen innegehalten sind. Sie muß schriftlich erteilt werden und den Namen des Unternehmers, die Menge und Art des zu verarbeitenden Getreides sowie die Frist, für die die Erlaubnis gilt, enthalten. Die Erlaubnis kann an die Bedingung geknüpft werden, daß während der Zeit der Benutzung der Betrieb polizeilich beaufsichtigt wird. Die Erlaubnisscheine sind nach Ablauf der Frist der Ortspolizeibehörde zurückzugeben und von dieser aufzubewahren.

§ 3.

Jede ungenehmigte oder ungenehmigte, dauernde oder vorübergehende Ueberlassung von Schrotmühlen an andere ist unterlagt, soweit nicht für vorübergehende Benutzung Erlaubnis nach § 2 erteilt worden ist oder soweit die Ueberlassung nicht auf Grund eines nach § 4 gültigen Mietvertrages erfolgt.

§ 4.

Mietverträge über Schrotmühlen, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung durch die Leistung noch nicht erfüllt sind, sind nichtig. Dies gilt nicht für den Verkauf von Schrotmühlen an Händler und nach dem Ausland. Als Ausland gilt auch das besetzte Gebiet.

Erlaubnisse für Schrotmühlen dürfen nur an Besitzer von Schrotmühlen und nur dann abgegeben werden, wenn dem Verleiher eine polizeiliche Bescheinigung darüber ausgehändigt wird, daß es sich um die Lieferung von Getreide für bereits vorhandene Mühlen handelt.

§ 5.

Unternehmer von Mühlen und sonstigen Vorrichtungen der in § 1 bezeichneten Art, die nach dem 1. Januar 1916 ihren Gewerbebetrieb angemeldet haben, bedürfen einer Bescheinigung der Ortspolizeibehörde, daß die Anordnung des Gewerbebetriebes nicht zur Umgehung der Vorschriften über die nicht gewerblichen Schrotmühlen erfolgt ist. Andernfalls finden auf sie die Vorschriften dieser Verordnung Anwendung.

§ 6.

Vorüberlassungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

§ 7.

Diese Verordnung tritt am 8. September 1917 in Kraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 8. September 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.

Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Kostüme — Kleider
Paletots — Blusen

in geschmackvollen Ausführungen zu bekannt mässigen Preisen.

„Spitze“, Danzig, Str. Serbergasse 11-12.



Nur allein!!!

Bildungs-Vereins-Haus
Hintergasse 16,

zwischen Melzer- und Ketterhagergasse.

Sonntag

2 grosse Vorstellungen.

3 Uhr

Anfang

und

7 Uhr

Kaffeehaus Bürgergarten, Karthäuserstrasse

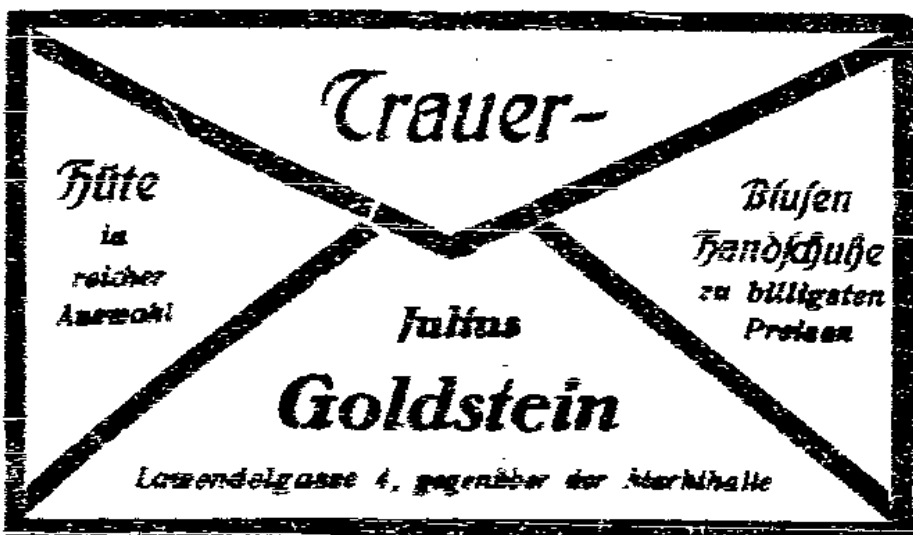
Sonntag den 9. September

Kaffee-Frei-Konzert.

Zu regem Besuch ladet ein H. Steppuhn.

Echt
geschalteten
garant.rein.

Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung
und Schnupftabakfabrik,
Danzig, Sde. Höttergasse 5 u. 2. Prießnergasse 5. Fernspr. 2428



Kalender, Briefpapier, Feldpostkarten, Kartenbriefe, Tintenstifte
und andere Schreibmaterialien kaufen Sie vorteilhaft in der
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse Nr. 32.

Volkswacht

Danzig :: Paradiesgasse 32

Druckarbeiten
für Vereine und Private

in moderner
Ausstattung

Bekanntmachung über teilweise Sperrung der Hafenstraße in Neufahrwasser

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit die Hafenstraße in Neufahrwasser vom Hotel Concordia bis Biesenstraße für die Dauer des Krieges für den öffentlichen Verkehr gesperrt, mit folgenden Ausnahmen:

- Der Zugang zu Häusern Hafenstraße 7, 8 und 9 von der Biesenstraße aus, zum Hotel Germania und zur Fähre nach Westerp von der Wolterstraße aus bleibt ungehindert.
- Der freie Verkehr auf der gesperrten Straße ist gestattet:
 - allen Personen, die durch Uniform oder Dienstabzeichen Militärpersonen oder Beamte kenntlich sind,
 - den unter militärischer Aufsicht stehenden Gefangenentruppen
 - den Besatzungen von Schiffen, die an den Anlegeplätzen der gesperrten Strecke liegen, zum Zwecke des Ladens, Böschens in und aus den dahinterliegenden Speichern.
- Personen, die sonst noch auf dem gesperrten Teil der Hafenstraße zu tun haben, bedürfen eines vom königlichen Vorgesetzten auszustellenden Ausweises.

Danzig, den 8. September 1917.

Der Kommandant der Festung Danzig,
v. Pfuel,
Generalmajor.

Bekanntmachung.

Sammlung der Früchte des Weißdorns

Im vaterländischen Interesse sollen die Früchte des Weißdorns auch in diesem Jahre gesammelt und unter Kontrolle der Regierung zu einem Kaffee-Erfahrmittel nach besonderem Verfahren verwertet werden. Die Regierung hat zu diesem Zweck die gemeinnützige Kriegsgesellschaft für Kaffee-Erfahrung in Berlin W 66, Wilhelmstr. 55, gegründet.

Die Bevölkerung, Erwachsene sowie Kinder, wird aufgefordert, die reifen Früchte des Weißdorns zu sammeln, sie in einem luftdichten Raum im ausgebreiteten Zustande einige Tage zu trocknen und dann gegen Empfangnahme von 20 Pf. Sammellohn für das luftgetrocknete Fruchtmaterial an die von der Ortsbehörde bestimmte Stelle abzuliefern.

Der Weißdorn kommt in allen Gegenden Deutschlands vor. Er wächst wild, insbesondere in Laubwäldern, an Wegen und Dämmen. Seine runden, im reifen Zustande roten Früchte, auch Weißdorn genannt, sind dadurch von anderen zu unterscheiden, daß sie einen sehr harten großen Kern enthalten.

Es sind nur reife Früchte zu sammeln. Die Früchte sind der Ablieferung von Blättern, Stengeln und Ästen zu befreien.

Kriegsgesellschaft für Kaffee-Erfahrung.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Danzig
Achtung! Achtung!

Montag, den 10. September 1917, abends 6 1/2 Uhr (einstündiger Arbeitslohn) im Lokale zum Schlachthof (Börseplatz) Engländer D.

Versammlung.

Tagesordnung:

- Deutschlands Eisenbahn- und Verkehrsweesen und deutscher Eisenbahner. Ref.: Reichstagsabgeordneter **Wilhelm Buck.**
- Freie Aussprache.

Vollständiges und pünktliches Erscheinen sämtlicher Eisenbahnerangehöriger erwartet.

Die Ortsverwaltung
S. A. Richard Jäpel.

Schulclassenes Mädchen
als Laufmädchen

Berlag Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32

Vornehme, preiswerte

Pelzwaren

Spitzer Spezialhaus für bessere, preiswerte Damen-Bekleidung
Gerbergasse 11-12.